REVOLUTION

international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

1,50 Euro

Stille Nacht... heilige Nacht?

zwischen Terrorwarnungen und Konsumterror

Damals wie heute:

der Kampf von Luxemburg, Liebknecht und Lenin gegen den Reformismus

Merkel & Sarkozy

Deutsch-Französischen Gipfel versenken!

Stuttgart 21

Wie weiter nach der Schlichtung?

Weitere Themen: „Bildungsstreik in Großbritannien.“ // „Energie-Konzerne enteignen.“ // „G20 Gipfel in Südkorea.“

Editorial 2

Stille Nacht...Heilige Nacht?
Kritischer Weihnachtsartikel..... 3

Jugend und ARGE..... 5

Bildungssparpakete..... 6

SchülerInnen und StudentInnen-
Bewegung in Großbritannien..... 7

Schwarz-Grün in Hamburg..... 9

Stuttgart 21 – wie weiter?..... 10

Deutsch-Französischer Gipfel..... 13

Bericht Antikrisentag Stuttgart.... 15

Luxemburg, Liebknecht, Lenin.... 16

Klimagipfel in Cancún..... 21

Energiekonzerne enteignen..... 22

Drohnen beim Castor..... 24

G20 Gipfel 2010..... 25

Tea-Party-Bewegung, USA..... 28

REVOLUTION
unsere Organisation..... 30

Termine..... 31

Editorial

Liebe Leser_innen!

unsere letzte Revo-Zeitung war ein toller Erfolg und erstmals veröffentlichten wir drei überarbeitete Auflagen. Darauf wollen wir natürlich aufbauen. Pünktlich in dem Weihnachtstrubel veröffentlichen wir nun unsere *„Weihnachtsausgabe“*. Es tut sich einiges in unserer Redaktion! Wir wollen unsere Redaktionsarbeit verbessern und ausbauen. In Zukunft soll die Zeitung regelmäßig alle 2 Monate erscheinen und das Layout sowie das Zeitungskonzept überarbeitet werden. Als Perspektive wollen wir verschiedene Rubriken in der Zeitung etablieren, die sich regelmäßig in den Ausgaben wiederfinden. Dieses Konzept spiegelt auch die Entwicklung unserer Gruppe wieder. Die nächste Zeitung soll also im Februar erscheinen. Parallel dazu wollen wir eine regelmäßige Infomail erarbeiten, die unsere Zeitung vor allem durch aktuelle Termine und Berichte ergänzt.

Nun zu dieser Ausgabe. Unser Leitartikel *„Stille Nacht, heilige Nacht? – zwischen Terrorwarnung und Konsumterror“* beschäftigt sich mit dem Weihnachtsfest, das uns derzeit wieder um die Ohren fliegt, uns zum grenzenlosen Konsum verleitet und die Menschen tagelang durch die großen Shopping-Center hetzen lässt. Wie der Titel bereits nahelegt, geht es auch um das skurrile Wechselspiel zwischen Weihnachtszeit und Terrorwarnung. Unter diesem Stichwort wird das christliche Fest der Liebe und Vergebung zur Ausgrenzung und Hetze für muslimische und allgemein arabisch-stämmige Menschen in Deutschland.

Einen größeren Teil der Zeitung widmen wir wieder dem Thema Stuttgart 21. Hier haben wir einen Artikel über die Bewegung, eine Einschätzung des Schlichterspruchs sowie einen satirischen Kurzbeitrag mit aufgenommen. Als nächster größerer Termin steht der deutsch-französische Gipfel in Freiburg auf dem Kalender. Dort werden wir aktiv die Proteste unterstützen und haben deshalb auch einen Gastbeitrag von der *„Neuen Internationale“* der Gruppe Arbeitermacht zu dem Gipfel aufgenommen. Des weiteren findet ihr einen Gastbeitrag von Revo-US zu den Kongress- und Senatswahlen und dem Verlust der Demokraten, sowie einen weiteren Gastbeitrag von Revo-UK über die Studierendenproteste (dort wurde erst kürzlich das Parteigebäude der Torys gestürmt, hehe...). Im Januar rufen wir zu der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demo in Berlin auf. Bei dieser Gelegenheit haben wir unsere Zeitung um einen Artikel unter der Rubrik *„Geschichte“* ergänzt. Hier geht es um das politische Wirken dieser drei Revolutionär_innen und ihrer Rolle in der Arbeiterbewegung.

Zum Thema Energiepolitik veröffentlichen wir einen Artikel unter der Überschrift *„Energiekonzerne enteignen“*, in dem wir über den Inhalt und den Zweck dieser Forderung schreiben. Er setzt sich auch mit den verschiedenen Konzepten und Strategien anderer Kräfte auseinander, die vor allem bei den Anti-Atom-Protesten rund um den Castor-Transport im November wieder Öffentlichkeit gefunden haben. Neu in dieser Ausgabe veröffentlichen wir erstmals mehrere Kurzbeiträge zu aktuellen politischen Ereignissen in satirischer Form. Hier könnt ihr dieses Mal auch über die Situation in Hamburg und den Zusammenbruch der dortigen schwarz-grünen Koalition lesen.

Nun wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen. Wir freuen uns über Anmerkungen, Ergänzungen und Kritik – germany@onesolutionrevolution.de

Eure **REVOLUTION** Zeitungsredaktion,
Dezember 2010

Zwischen Terrorwarnung und Konsumterror am Ende des Jahres

Stille Nacht...Heilige Nacht?

Dieses Jahr hat der Weihnachtsmann wieder etwas ganz besonderes mitgebracht...

Pünktlich ab Mitte September rüsten die Supermärkte für Weihnachten. Spekulatius, Dominosteine und weiteres Weihnachtsgebäck sind die ersten Vorboten des alljährlichen Weihnachtsspektakel. Grundlage soll die Geburt des christlichen Messias vor 2010 Jahren sein, eingerahmt wird die Geschichte vom Sohn Gottes von Weihnachtsmann, Christkind, Weihnachtsmarkt, Glühwein und Ápres-Ski-Partys.

Während dieser Zeit sollen alle Konflikte des Jahres vergessen werden, alle sollen sich in die Arme nehmen...

Rein betriebswirtschaftlich gesehen ist diese Verkaufsrallye Ende des Jahres auch zwingend notwendig, schließlich beginnt für den deutschen Einzelhandel ab Ende November die profitabelste Zeit des Jahres. Bis dahin muss der Einzelhandel seine konstanten Kosten, wie Grundstücksmiete, Energie und Einkauf bezahlen. Mit dem ersten Adventswochenende beginnt die Zeit, in der Profit gemacht wird.

Der Countdown zum „Familienfest“

Für die bürgerliche Familientradition ist Weihnachten das Fest der Feste. Dort rückt die Familie zusammen, jede/r beschenkt die *„Lieben“*, verschiedenste Lebensmittel in ausgefallenster Form müssen gegessen werden. Für manch Jugendliche ist diese Zeit nur schwer zu ertragen. Als Kind ist die Freude verständlich, die Eltern beschenken das Kind zumeist großzügig. Für viele Kinder geht es nur noch um Konsum. Wer bekommt das größte und beste Geschenk? Hier werden die psychologischen Grundlagen des Kapitalismus manifestiert, das Fest der Liebe wird für viele Kinder schnell zum Fest der Enttäuschung, wenn das Christkind nicht das richtige Geschenk eingepackt hat. Und von den Großeltern gibt es für gute Schulnoten noch Geld zugesteckt (wie auch bei Geburtstagen). Das ist auch von Nöten, schließlich bekommen nur die braven Kinder Geschenke vom Weihnachtsmann, für die anderen gibt’s die Rute – auch dies ist eine typisch bürgerliche Pädagogik, für Wohlverhalten und Funktionieren gibt’s Belohnung. Dies hält auch an wenn die Heranwachsenden nicht mehr an den Weihnachtsmann glauben.

Über vier Adventswochenenden läuft der Countdown zum angeblichen Höhepunkt des Jahres. Jede Woche kommt die große Konsumabfrage: Habe ich schon alle Geschenke? Hab ich an jeden gedacht? Was wird gegessen? Wann besuch ich Tante Erna? Wem schreib ich ´ne Karte? Und spende ich einmal im Jahr für mein gutes Gewissen was für Afrika?

Während dieser Zeit sollen alle Konflikte des Jahres vergessen werden, alle sollen sich in die Arme nehmen – allgemeine Versöhnungsstimmung macht sich breit. Über die Medien sind wir auch bei den Armen, bei uns und international, ein bisschen Teilen ist ja auch christlich, eine Spende für *„Brot für die Welt“* oder die örtliche Tafel versöhnt arm und reich im Angesicht des Messias. Spendenmarathon-Sendungen runden das mediale Bild ab, mit reichlich sog. *„Prominenz“* wird *„Gutes“* getan für die Welt. So viel gut menschliche Heuchelei am Ende des Jahres muss irgendwie verarbeitet werden. Auf allen *„Weihnachtsmärkten“*

wird öffentlich Alkohol ausgeschenkt und pünktlich eine Woche nach dem *„heiligen Abend“* gibt's das größte Besäufnis des Jahres, Sylvester genannt.

Weihnachtsmärkte mit Maschinenpistole

Zum üblichen „Weihnachtsterror“ kommt jetzt auch noch die Terrorwarnung. Hier hört es auf mit der Versöhnungsstimmung. Seit Anfang November gilt die höchste Sicherheitsstufe, an Bahnhöfen und Flughäfen gibt's Maschinenpistolen-Patrouille. Auch Weihnachtsmärkte werden besonders beschützt, dort dürfen dann auch zivile Einsatzkräfte zum Glühweinstand, denn Maschinenpistolen neben dem Karussell machen sich nicht so gut.

An einigen Tagen gab es stündlich die Diskussion um die Terrorwarnung, als Top-Meldung in den Nachrichten, über mögliche Anschlagsziele wie Reichstag oder eben Weihnachtsmärkte. Die Islamisten hätten Deutschland als Ziel im Visier (wie seit 2001 berichtet) und Ende November könnten Kommandos von Al Kaida oder nahe stehende Gruppen angreifen. Angeblich sind 130 ausgebildete und *„gewaltbereite“* Extremisten in Deutschland unterwegs. Kurz nach der *„Sarrazin-Debatte“* wurde der Fokus erneut auf die islamische Gemeinde gelegt. Sarrazin´s (Noch-) Parteikollege Körting, Innensenator in Berlin, sagte der Bevölkerung ganz genau auf was sie achten sollten. Sobald Moslems in der Nähe eine Wohnung beziehen, vor allem junge Männer, oder wenn allgemein *„fremd“* wirkende Personen, Gewohnheiten oder auch Gerüche in der Nachbarschaft auftauchen, dann ist Denunziation erste Bürgerpflicht. Kurzerhand werden alle Muslime Deutschland als Verdächtige oder Kollaborateure abgestempelt!

Vor dem christlichen Versöhnungsfest gibt´s erstmal Monate von rassistischer Hetze in allen Facetten.

Vor dem christlichen Versöhnungsfest gibt´s erstmal Monate von rassistischer Hetze in allen Facetten. Sei es biologisch-historisch-genetisch-sozial von Sarrazin und Springer-Presse, oder jetzt als religiös-terroristische Verdächtigung durch die staatlichen Organe.

Das Feindbild Terrorist/Islamist/Moslem funktioniert seit den Anschlägen von 2001 und es wird jedes Jahr wiederholt und ergänzt. Über den *„Schläfer“* gibt's inzwischen schon Sat.1- Produktionen und in vielen europäischen Staaten haben rechtspopulistische und faschistische Parteien mit der Islamhetze Wahlerfolge eingefahren. Das rassistische Geschwafel eines Körting, das Buch für den Rechtspopulismus von Sarrazin oder die Hetze der Jugendministerin Köhler gegen männliche migrantische Jugendliche, all das soll die Bevölkerung spalten, die Deutschen gegen die Moslems in Stellung bringen.

Dahinter steht natürlich die soziale Spaltung. Springer-Presse und Sarrazin hetzen gegen arbeitslose Migrant_innen und gegen Arbeitslose im allgemeinen. Für die gibt's eine happige Kürzung durch das Sparpaket, während gleichzeitig die spaltenden Feindbilder von allen Seiten propagiert werden.

Das diesjährige Weihnachten zeigt die ganze Spannbreite der bürgerlichen Ideologie. Auf der einen Seite nationale Identitätsbeschwörung, auf der anderen Seite Hetze, Feindbilder und Politik im Interesse des Kapitals. Während wir unsere *„Lieben“* beschenken sollen, wird das größte Sparpaket der Geschichte verabschiedet und schon Anfang November bekam die HRE – Bank (Hypo Real Estate) ihr 40 Milliarden Euro – Weihnachtsgeschenk vom Staat.

Weihnachten mit Aufschwung

Ergänzend zur weihnachtlichen Konsumaufforderung und der Terrorwarnung können uns Staat und Kapital noch wirtschaftlichen Aufschwung präsentieren. Nach den Einbrüchen der letzten beiden Jahre gibt es jetzt einen dreiprozentigen Aufschwung, der vor allem dem steigenden Export zu verdanken ist. Für die Bundesregierung war es die gute Politik von Schwarz-Gelb, für´s Kapital die Überlegenheit der Produkte und für die Gewerkschaften das System der Sozialpartnerschaft, welche verantwortlich für den Aufschwung und die niedrige Arbeitslosigkeit seien.

In der Realität wurden hunderttausende Jobs in befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse umgewandelt, fast 2 Millionen Arbeiter_innen standen vorübergehend in Kurzarbeit, die von den Steuerzahlungen der Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Das deutsche Exportkapital konnte während der beiden letzten Jahre einige Lohnkosten einsparen und über die mit Milliarden sanierten Finanzmärkte gab´s auch Kredite und Aufträge aus dem Konjunkturprogramm der schwarz-roten Bundesregierung 2008. In diesem Zeitraum konnte das Kapital die Produktivität und damit die Überlegenheit auf dem Weltmarkt weiter ausbauen, darum ist die Stellung der Exportindustrie heute stärker als vor 3 Jahren. Für den inländischen Markt, den Binnenmarkt soll jetzt auch das Weihnachtsgeschäft den Aufschwung stärken – wir kaufen fürs Bruttosozialprodukt!

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es seit Jahren eine Tradition der Statistikfälschung, insgesamt beziehen fast 10 Millionen Menschen Sozialleistungen verschiedenster Art. Die Bezieher_innen von Sozialleistungen werden von schwarz-gelb mit Hetze und Angriffen überzogen, von der *„Dekadenz bei Hartz-4-Empfänger_innen“* (Außenminister Westerwelle) bis zu den Kürzungen bei Heizkostenpauschale, Elterngeld und Rentenbeiträgen beim Sparpaket. Zur Weihnachtszeit sind die gesammelten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft sichtbar. Gemeinsamkeit ge-

Jugend und ARGE

Oder: wie man zu moderner "Zwangsarbeit" verpflichtet wird

genüber der Konkurrenz, Versprechen von Frieden und Ruhe werden Hohn und Spott gegenüber Krieg, Rassismus und Sozialangriffen als Realität dieser Gesellschaft.

Die versprochenen und propagierten Werte der bürgerlichen Ideologie müssen von einer kritischen Jugend immer hinterfragt werden, deswegen lassen wir uns die „*Freude*“ an bestimmten Keksen oder Glühwein auch nicht nehmen...

Gerade der Jugend sollen diese *„Werte“*, soll die bürgerliche Propaganda eingedroschen werden, als Vorbereitung für den späteren Arbeitsmarkt und den Konsum von allerlei Kram, den niemand braucht. Deswegen wollen wir von **REVOLUTION**, dass die Jugend sich organisiert, gemeinsam für eine andere Zukunft kämpft. Wir stehen für Soli darität, Antikapitalismus & Antifaschismus und für den Kampf für den Sozialismus – gegen dieses System mit Kapitalismus, Rassismus und bürgerlicher Ideologie!

In den letzten Jahren nahm in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit enorm zu. Gründe hierfür sind nach „*offiziellen*” Angaben hohe Zahlen von Schulabgänger_innen bzw. -abbrecher_innen, von denen viele nach der Schule entweder nicht wissen was sie machen sollen oder keine Ausbildungsplätze finden, da es nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger_innen gibt. Ein weiterer Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist, dass viele nach ihrer Ausbildung entweder nur für wenige Monate befristet oder erst gar nicht übernommen werden.

Die ARGE

Als letzten Ausweg gibt es somit für Jugendliche nach der Schule nur den Gang zum Arbeitsamt, auch bekannt als ARGE. Hier müssen die Jugendlichen erst einmal ihre Existenz sichern, in dem sie Hartz IV beantragen. Dies ist ein gewaltiger bürokratischer Akt, da man spezielle Unterlagen einreichen muss, die zum Teil erst beantragt werden bzw. abgeschlossen werden müssen, wie beispielsweise der Sozialversicherungsausweis oder die Bescheinugung zur Rentenversicherung. Wenn dann Hartz IV bewilligt wurde, dauert es nicht lange (meistens ein paar Wochen) und man muss einen Termin bei der Berufsberatung vereinbaren. Bei diesem Termin wird jeder/jedem nahe gelegt, sich beim Internationalem Bund (IB) „*weiterzubilden*”. Diese *„Weiterbildung”* ist jedoch nichts anderes als prekäre Arbeit abzuleisten, konkret wird man dazu verpflichtet, verschiedene Praktika (meistens über einen Zeitraum von vier Wochen) zu machen. Jedoch ist die *„Bezahlung“* so schlecht (in der Regel ein paar Euro), dass man davon nicht leben kann und diese „*Vergütung*” somit sogar unter dem Hartz IV-Satz ist, der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren monatlich zusteht (287 €).

Alternativen zur "Weiterbildung"

Die Alternativen zu dieser *„Weiterbildungsmaßnahme”* sind Zeitarbeit und Arbeitsvermittlung. Man wird von dem Berufsvermittler, der/die für jeden zuständig ist, zu den unterschiedlichsten Unternehmen vermittelt, in der Regel Zeitarbeitsfirmen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Arbeitsvermittlung ebenfalls Bestandteil der ARGE ist. Bei den in den *„Vermittlungsvorschlägen”* genannten Unternehmen muss man sich dann innerhalb von nur drei Tagen bewerben. Wenn man dieser Aufforderung nicht nachkommt, muss man Kürzungen bei seinem Hartz IV-Satz hinnehmen. Die Dauer der Kürzungen ist auf drei Monate festgelegt. Trotz dieser Kürzung muss man sich weiterhin bei Zeitarbeitsfirmen bewerben.

Ein weiterer Bestandteil der Berufsvermittlung sind die so genannten *„Eigenbemühungen”*. Dabei ist man verpflichtet, mindestens fünf Bewerbungen pro Monat zu verschicken und Kopien an seine/n Arbeitsvermittler/in zu überreichen. Kommt man auch dem nicht nach, so gibt es auch hier wie oben genannt massive Kürzungen beim Hartz IV-Satz. Wie man also an dem Beschriebenen sehen kann, wird man als jugendlicher Arbeitsloser auf diese Weise zu moderner *„Zwangsarbeit”* verpflichtet.

Was tun?

Auf den ersten Blick erscheint diese Situation aussichtslos. Doch eben nur auf den ersten Blick. Gegen diese Form der *„Zwangsarbeit"* müssen wir uns gerade als Jugendliche organisieren und Widerstand leisten. Hier sind besonders die Gewerkschaften gefordert, die jugendlichen Arbeitslosen zu unterstützen und ihnen bei Repressionen und Schikanen der ARGE (nicht nur finanziell) zur Seite zu stehen. Für revolutionäre (Jugend-) Organisationen ist es ebenfalls notwendig, sich der Problematik von arbeitslosen Jugendlichen anzunehmen und gemeinsam mit den arbeitslosen Jugendlichen gegen die Ursache zu kämpfen, denn der Kampf gegen die ARGE und ihre Repressionen ist auch ein Kampf gegen den Kapitalismus.

Unsere Forderungen:

- Unterstützung durch die Gewerk schaften im Kampf gegen die ARGE und ihre Repressionen!
- Weg mit der Verpflichtung zu Zeitarbeit und anderer prekärer Arbeit!
- Volle Beschäftigung für alle Arbeitslosen, egal ob Jugendliche oder *„Erwachsene"* (auch Migrant _innen!)
- Mindestlohn in Höhe von 1.200 € netto monatlich für alle Jugendlichen, ob arbeitslos oder nicht!

Bildungspolitik in Hamburg

Bildungs-Sparpaket Nr. 1

Wir hören es von allen Seiten, immer und immer wieder, über und überall: das Geld ist aus, wir haben über unseren Verhältnissen gelebt und der Gürtel muss enger geschnallt werden. Nachdem wir über unserer Verhältnisse-lebend Milliarden von Euros in die hungrigen Hälse der Bänker und Spekulanten gesteckt haben, müssen die öffentlichen Kassen saniert werden. Es wird Zeit, dass wir die Profite der Banken bezahlen.

Vorbildlich geht hier die Hansestadt Hamburg voran. Hier machen sie vor, um was es geht. Elbphilharmonie (323 Mio. €) und neue U-Bahn-Linie U4 (ebenfalls 323 Mio. €), das muss sein. Bildung hingegen ist ein lästiger Ausgabenfaktor, da muss gekürzt werden. Also legte der schwarz-grüne Senat die Zahlen auf den Tisch: 7,6 Mio. im Jahr 2011 und nochmal ca. 10. Mio. 2012 soll an Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingespart werden.

Die besondere Schweinerei dabei ist, dass der Löwenanteil daran (4 Mio. 2011 und über 5 Mio. 2012) für die Zinszahlungen der Stundungsgebühren anfällt. Dazu müssen wir kurz etwas ausholen: CDU und Grüne einigten sich damals bei den Studiengebühren auf einen „Kompromiss" (welch schändliches Wort). Die Gebühren wurden von 500 € auf 375 € je Semester abgesenkt und können gestundet werde, d.h. wir müssen die Gebühren erst bezahlen, wenn wir später mal genügend Geld verdienen. Die Hochschulen sollen das Geld jedoch trotzdem bekommen. Die fehlenden Stundungsgebühren werden durch einen Kredit eines *„Kreditinstituts"* (Eine Bank? Ja, eine Bank.) zur Verfügung gestellt. Der Haken daran? Richtig, für die Kredite fallen Zinsen an!

Das Ganze war sowieso eine Schweinerei, weil auch vorher die Zinsen aus Steuergeldern der Arbeiterklasse bezahlt wurden. Nur jetzt wird's noch schöner, denn in Zukunft müssen die Hochschulen diese Zinsen selbst bedienen. Das bedeutet, dass sie sie aus Studiengebühren bezahlen werden. Juhu, freut sich der Hamburger Studierende, jetzt zahlen wir Bankgebühren, und keine Studiengebühren mehr!

Doch jetzt gibt es eine neue Diskussion in der Studierendenschaft. Durch die Neuwahlen würde das Sparpaket vielleicht rückgängig gemacht werden. Nur von wem? Dumm, dass die SPD die CDU/Grüne-Regierung nicht für ihren Sparkurs kritisiert hat, sondern dass dieser viel zu lasch sei und das Sparpaket noch viel drastischer ausfallen müsse!

Aber die SPD will auch Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst schaffen, nämlich bei der Polizei. Damit diese in Zukunft noch besser Demonstrationen angreifen und Leute zusammenschlagen kann. Und beim benachbarten Wendland-Einsatz kann sie dann auch unterstützend eingreifen, mit Pfefferspray, Wasserwerfern und Knüppeln. Und vermutlich ist SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz als Ex-Arbeitsminister unter Merkel auch bewusst, dass bald auch viele Arbeiter_innen streiken und Betriebe besetzen werde. Und was hat die Polizei dann nicht erst alles zu tun…

Wie bauen wir eine Bewegung auf, die die Gebühren und die Kürzungen niederschlagen kann?

Gastartikel von REVOLUTION UK, John Bowman

Foto: Flickr.com, Ben Bryant

„Millbank-Riots", 10.11.2010, London: Tausende Demonstranten dringen in die Millbank ein.

Die große, militante Demonstration mit 50.000 Schüler_innen, Student_innen und Arbeiter_innen am 10. November 2010, die einen ganzen zentralen Teil von London für einen Tag einnahm und *„Millbank"* besetzte, sendete eine beeindruckende Nachricht an Millionen von Kürzungen Betroffenen im ganzen Land (Millbank ist ein Stadtteil von London, in dem sich viele Regierungsgebäude befinden. Einige Hundert Demonstrierende drangen am 10.11. in das Hauptquartier der regierenden Tory-Partei ein und besetzten dieses. Anm. d. Red.). Wir können kämpfen, und wir können gewinnen! Die Frage ist: wie?

Wenn Millionen von Leuten inspiriert werden, die Politik in ihre eigenen Hände zu nehmen, wenn diejenigen, die sich anscheinend nie um Politik gekümmert haben radikalisiert werden und wenn ihr ganze Kraft sichtbar wird – dann scheint alles möglich.

Und das ist es auch. Die Tory-Politiker_innen und ihre millionenschweren Freunde – die Kapitalisten, die die einfachen Leute für ihre Krise bezahlen lassen wollen, durch skrupellose Kürzungen in Arbeit, Dienst- und Sozialleistungen – machen nur eine winzige Minderheit der Gesellschaft aus. Die Millionäre werden immer Angst haben, dass sich die Millionen erheben und wir uns das zurückholen, was uns gehört.

Aber während die Super-Reichen eine winzige Minderheit verglichen mit dem Rest von uns ausmachen, konzentrieren sie eine gewaltige Macht auf sich. Wir brauchen die richtige Taktik und die richtige Strategie, um sie zu besiegen.

Proteste, Streiks, Besetzungen — die Aktionen müssen weitergehen!

Das Parlament will noch vor Weihnachten beschließen, *„EMA"* zu zerschlagen (Education Maintenance Allowance, vergibt Stipendien, Anm. d. Red.), weitreichende Kürzungen durchzusetzen und £ 9,000 Studiengebühren einzuführen – wir müssen das mit allen unseren Möglichkeiten verhindern! Aber die Führung der *„Nationalen Studentengewerkschaft"* (National Union of Students, NUS) drückt sich davor, zu mehr Aktionen aufzurufen und weitere Proteste zu organisieren.

Ihre Taktik war, Abgeordnete, meistens Liberale Demokraten (Liberal Democrats, drittstärkste Partei in GB, Anm. d. Red), dafür zu gewinnen, eine Petition gegen Studiengebühren zu unterschreiben – was nicht funktioniert hat. Aber jetzt rufen sie diese bereits tote Kampagne wieder ins Leben – dieses Mal als *„Recht auf Rückruf"* (*„right to recall"*). Die Liberalen hatten versprochen, ein Gesetz durchzusetzen, dass Wähler_innen erlaubt, deren Abgeordnete zurückzurufen. Aber ratet was… sie haben gelogen! Jetzt ist es die Strategie der NUS, entschlossene Briefe an Abgeordnete zu schreiben, dass sie zurücktreten sollen. Das wird nicht funktionieren.

Den Kampf von unten aufbauen

Aber wir sollten nicht auf die Füher_innen der NUS vertrauen – sie haben die Besetzung von Millbank als *„verabscheuungswürdig"* bezeichnet, und sagten, dass die Proteste vom 10. November dadurch *„entführt"* wurden. Sie sagten zu ihren Mitgliedern, dass ein Aktionstag

„Millbank-Riots", 10.11.2010, London: Ein massives Polizeiaufgebot wird gegen die Student_innen eingesetzt.

am 24. November ein *„Risiko für unsere weiteren Absichten"* sei.

Aber genau solche landesweit koordinierten Aktionen brauchen wir, um die Gebühren und die Kürzungen zu stoppen! Während die rechtsgerichteten Medien und die Führer_innen der NUS den Angriff auf die Millbank als gewalttätig verurteilen, müssen wir uns klar darüber sein. Die wahre Gewalt geht von der Tory-Regierung aus, die über eine Millionen Arbeitsplätze vernichten will, Leute aus ihren Wohnungen schmeißt, Armut schafft und Arbeiter_innen den Zugang zu Bildung verwehrt, während sie gleichzeitig Afghanistan besetzen und die Menschen dort töten und foltern!

Die wahre Gewalt geht von der Tory-Regierung aus, die über eine Millionen Arbeitsplätze vernichten will...

REVOLUTION ruft zur Bildung von Aktionsgruppen gegen die Kürzungen und Gebühren an jeder Schule, College und an jeder Universität auf. Diese sollten politischen Diskussionen über die aktuellen Geschehnisse führen, ihre Strategie und Taktik diskutieren und Aktionen planen.

Generalversammlungen sollten in jeder Stadt aufgebaut werden – die Delegierte von jeder Schule, College und jeder Universität zusammenbringen, sowohl Studierend und Schüler_innen als auch Arbeiter_innen. Sie sollten die verschiedenen Kampagnen zusammenführen, wie die *„National Campaign against Fees and Cuts"*, das *„Education Activists Network"* und *„Youth fight for Jobs"*, genauso wie politische Gruppen wie z.B. **REVOLUTIION**, *„Workers Power"*, die *„Socialist Workers Party"* und Ativist_innen aus der *„Labour Party"*.
Wir treten für eine nationale Generalversammlung ein – mit Delegierten aus allen Teilen des Landes.

Verteidigt unser Recht auf Protest!

Literatur

"The Road to Revolution"

Unser internationales Manifest, auf dessen Grundlage unsere Organisation steht.

www.onesolutionrevolution.de ➔ Publikationen

"Vom Widerstand zur Revolution"

Programm der Liga für die 5. Internationale.

www.arbeitermacht.de

Die Polizei wurde von den Protesten und der Besetzung der Millbank überrascht. Sie benutzen diese Aktionen jetzt, um eine *„Hexenjagd“* auf Aktivist_innen zu beginnen. Viele wurden bei den Protesten bereits verhaftet.

Bei den G20-Protesten letztes Jahr ist die Polizei zu weit gegangen. Sie kesselten Demonstrierende und Journalisten über Stunden lang ein – ohne Essen, Wasser und Toiletten. Sie haben sogar den Ladenarbeiter Ian Tomlinson geschlagen und getötet! Das ist der Grund, warum sie bei der Millbank-Besetzung noch relativ harmlos vorgingen. Aber jetzt tun die Medien ihr übriges, um die Jagd auf die Demonstrant_innen zu beginnen.

Einige argumentieren, dass wir nur größere Demonstrationen bräuchten, um die Polizeigewalt zu stoppen. Aber das stimmt nicht. Wir müssen Gruppen organisieren, die unsere Verteidigung organisieren, bei jeder Demo und Aktion die wir machen. Diese Gruppen sollten vor den Demos gewählt werden und sich vorbereiten. Sie sollten in der Lage sein, schnelle Entscheidungen zu treffen, wann wir laufen sollten, wann wir anhalten sollten, und wann wir auseinandersprengen sollten.

Wir können gewinnen! Paris, London, Rom, Dublin!

Nicht nur die Schüler_innen und Student_innen in Groß-Britannien kämpfen um ihre Zukunft. Die Jugend in Frankreich hat kürzlich an der Seite von Arbeiter_innen aus allen Bereichen in einer Massenbewegung teilgenommen, um die Kürzungen im Sozialsystem zurück zu schlagen.

In Österreich, Deutschland, Italien, und vielen weiteren Ländern in ganz Europa gibt es Studentenstreiks gegen Kürzungen, Gebühren und die Ökonomisierung der Bildung, die in ganz Europa unter dem Namen *„Bologna-Prozess“* forciert wird.

Es sind die Kapitalisten und die Reichen, die diese Angriffe überall auf der Welt ausführen. **REVOLUTION** kämpft für eine revolutionäre Jugendinternationale, um die Kämpfe in jedem Land miteinander zu verbinden, internationale Proteste zu koordinieren und zu organisieren und das System selbst, das uns unterdrückt, zu stürzen – den Kapitalismus.

Generalstreik in Groß-Britannien!

Letztendlich werden die Proteste der Studierenden und der Jugend alleine nicht ausreichen, um alle Angriffe abzuwehren. Aber sie können Arbeiter_innen im ganzen Land radikalisieren, die ebenfalls von der Kürzungspolitik betroffen sind.

Wir treten dafür ein, dass die Streikaktionen zusammen mit den Gewerkschaften koordiniert werden, und rufen die Gewerkschaften dazu auf, zusammen mit uns an denselben Tagen zu streiken. Wir brauchen einen unbefristeten Generalstreik um diese Regierung zu stürzen!

Wir sind uns im Klaren darüber, dass nur die mächtige Kraft der ganzen Arbeiterklasse das massive Sparpaket der Regierung zurückschlagen kann – aber in diesem Kampf spielen wir Jugendliche eine entscheidende Rolle!

Kommentar zum Schwarz-Grünen Experiment in Hamburg

Schwarz-Grün bricht auseinander

Zack, und das war´s mit dem historischen Experiment Schwarz-Grün in Hamburg. Am Sonntag, den 28.11.2010, erklärte die GAL-(Grüne Alternative Liste) Fraktion, dass die Zusammenarbeit mit der CDU hiermit beendet sei.

Damit haben die Grünen die Notbremse gezogen. Nachdem sie 2 ½ Jahre mit der CDU regiert und so ziemlich alles verraten und verkauft haben, was sie vorher versprochen hatten, haben sie nichts mehr zu verlieren. Mit großen Tönen sind sie damals in den Wahlkampf gezogen, Studiengebühren abschaffen, *„eine Schule für alle“* und das neue Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg verhindern. Naja, die Studiengebühren gibt´s trotzdem (nur in etwas anderer Form), *„eine Schule für alle“* wurde in einen *„längeres gemeinsames Lernen“*-Murkskompromiss umgewandelt und von einer reaktionären Bürgerinitiative zu Fall gebracht, und das Kohlekraftwerk in Moorburg wird natürlich trotzdem gebaut.

Soviel Verrat auf einmal hält sogar die Verrats-erprobte Grünen-Basis nur schwerlich aus. Und nachdem jetzt auch noch das letzte grüne Projekt, die millionenschwere Stadtbahn, in die öffentliche Kritik kam (die nächste Bürgerini ist bereits gegründet), da verlassen die GAL-Senator_innen lieber schnell das sinkende Schiff. Schließlich könne man ja vielleicht von dem bundesweiten Aufwind profitieren. Wer die jetzt noch wählt, dem ist vermutlich nicht mehr zu helfen…

Nach der Schlichtung ist vor der Schlichtung.
Vom Regen in die Traufe...

Die Schlichtung ist am Ende!

Am 30.11, zwei Monate nach den Angriffen der Polizei auf die Protestbewegung im Stuttgarter Schlosspark, folgte der Schlichterspruch von Heiner Geissler. Zu der entscheidenden Frage, nämlich *„oben“* oder *„unten“*, blieb Geissler bei den Aussagen von Ministerpräsident Mappus und Bahnchef Grube stehen. Es gebe einen gültigen Vertrag mit der Bahn und es sei nicht möglich, diesen zu ändern, so Geissler.

Zuvor hatte er in schillernden Tönen den demokratischen Prozess der Schlichtung gefeiert, den Fernsehsendern für die Liveübertragungen gedankt und das große Engagement aller Beteiligten für die Demokratie gewürdigt. Im nächsten Moment erfuhren wir aber, dass ein Vertrag zwischen Land/Staat und DB mehr Wert hat, als alle demokratischen Prozedere und Beschwörungen.

Fast schon lächerlich mutete die Begründung für die Ablehnung von K21 an. Zwar hätten die Entwickler beweisen können, dass ihr Konzept wirklich eine „Alternative“ zu S21 darstellt und dadurch auch viele Mängel von S21 nachgewiesen wurden, aber leider fehlt nun mal die endgültige Plankostenfeststellung und natürlich die Baugenehmigung für einen veränderten Kopfbahnhof.

Damit ist K21 abgelehnt, weil Landesregierung, Stadt und Bahn nicht den Auftrag gegeben haben und seltsamerweise derzeit keine Baugenehmigung vorliegt – so viel zum Thema Schlichtung, offener Prozess und Demokratie.

Diese Schlichtung war niemals *„ergebnisoffen“*, die Position der Bahn war von Beginn an die bestimmende Position, schließlich liegt bei ihr ein Milliardenauftrag und dementsprechende Profitversprechen.

Diese Schlichtung war niemals *„ergebnisoffen“*. die Position der Bahn war von Beginn an die bestimmende Position, schließlich liegt bei ihr ein Milliardenauftrag...

Und so war die Stimmung bei der Deutschen Bahn auch recht ausgelassen nach der Schlichtung, ihr juristischer Vertrag, inklusive Kapitalinteressen, wird politisch von der Schlichtung anerkannt und gestützt.

Der Schlichter gab sein offizielles Ja-Wort für S21 und nahm gleichzeitig viele Änderungsvorschläge aus dem Konzept von K21 an. So soll die Anzahl der Gleise im Tiefbahnhof erhöht werden (von 8 auf 10) und an den ICE/S – Bahn Knoten eine *„Zweigleisigkeit“* gewährleistet sein, um mögliche Verspätungen auf dem gemeinsamen Netz von Fern- und Nahverkehr zu organisieren. Die Bahn muss jetzt in sogenannten *„Stresstests“* diese Forderungen simulieren, um zu prüfen ob Änderungen realisierbar sind, wie bei Gleisen und Tunneln von K21 gefordert – prüfen tut´s die Bahn, fern von jeder demokratischen Kontrolle und Transparenz.

Was ist die politische Perspektive?

Dieses Vorgehen von Geissler gibt dem K21 Bündnis (die Grünen, BUND, SÖS...) die Möglichkeit, die Schlichtung auch als eigenen Sieg zu feiern. Schließlich gelang es dem K21 Bündnis zu beweisen, dass S21 nicht *„vernünftig“* durchdacht sei (was der Bewegung seit zig Monaten auf der Straße und im Park klar ist) und ebenfalls fordert K21 wieder einen Baustopp. Schließlich müsse nun, nach der Schlichtung noch eine erneute Prüfung stattfinden und bis dahin sollte es einen Baustopp geben. Im Endeffekt ist die Bewegung wieder beim Ausgangspunkt der Verhandlungen angekommen. Die Bahn definiert was Baustopp bedeutet und stellt selbst die Gutachten fertig.

Ein Unterschied gibt es aber im Vergleich zum Start der Verhandlungen. Jetzt stehen nicht zehntausende jede Woche auf der Straße, das K21 Bündnis hat viel Protest einschlafen lassen, die Samstagsdemos abgesagt und die letzten Wochen die Bewegung demobilisiert.

Das ist auch der größte Gewinn für Bahn und CDU/FDP. Die Bewegung hat sich nicht verbreitert in den letzten Wochen und ist geschwächt. Dies ist, neben Geißlers Anerkennung von S21, der wichtigste Sieg für Grube und Mappus. K21 hat *„stellvertretend“* die Massenbewegung geschwächt und sich damit zum Handlanger für die Gegenseite profiliert. Diese reformistischen und kleinbürgerlichen Kräfte haben von

Stuttgart: Brutale Parkräumung am 30. September 2010 (Fotos flickr.com, thousand wor(l)ds)

Beginn an auf die parlamentarische Demokratie gesetzt. Jetzt hat dieses System gezeigt, was wirklich entscheidet: ein bürgerlicher Vertrag. Die Illusion, am Verhandlungstisch S21 zu stoppen, ist zerplatzt. Das K21 Bündnis schwächte die Massenproteste, das war ihr Beitrag für die *„demokratische“* Schlichtung – bei Mappus und Grube reichte es schon aus, dass sie überhaupt an der Schlichtung teilnahmen.

Wie weiter?

Hoffnung gibt, dass auch das Verlesen der Schlichtung von Protestierenden begleitet wurde. Ein lautes *„Oben bleiben“, „Mappus weg“* und *„Lügenpack“* kam via Phönix durch den Äther.

Allerdings wird es jetzt wichtig, dass die Bewegung überprüft, ob der Begriff *„Lügenpack“* nicht auch etwas großzügiger die nächsten Tage und Wochen angewandt werden muss. Die Verhandler haben bewusst die Schlichtung vorgeschlagen (Grüne) und die Bewegung erst mal kaltgestellt, just in dem Moment, in dem die Bewegung einen kämpferischen Massencharakter gewann. Die Kämpfe um den Nordflügel und Schlosspark, die Besetzung des Südflügels (als letztes kämpferisches Signal der Bewegung) – all das darf nicht durch diese Schlichtung verunglimpft werden.

Ebenfalls muss die Bewegung offen die Verhandlungen auswerten und darüber abstimmen, wie es jetzt weitergeht. Teile des Widerstands versuchen sich inzwischen gegen die Parkbewohner_innen zu positionieren. So wurde eine Demo von den Parkschützern sabotiert, weil dort Leute aus dem Park sprechen sollten. So beginnt eine Spaltung einer Bewegung und das gleiche steht bevor, wenn es über Sinn und Zweck dieser Schlichtung geht.

Teile des K21- Bündnis werden versuchen, die Tatsache der Schlichtung und die Anerkennung der Kritik schon als *„demokratischen“* Erfolg zu verkaufen, während gleichzeitig weitergehende und kämpferische Aktionen abgelehnt und bekämpft werden.

Für die kämpferischen, aktivistischen und antikapitalistischen Gruppen und Aktivist_innen bietet diese Schlichtung aber auch eine große Chance. Das Konzept von Grünen, SÖS und BUND ist geplatzt, am Ende fehlt K21 eine Baugenehmigung und S21 bleibt Vertragsrecht und wird ausgeführt.

Dadurch können wir aufzeigen, dass Parlamente, Schlichtungen oder andere Schauspiele bürgerlicher Demokratie eben nicht geeignet sind, den Willen der Mehrheit und ihren Protest umzusetzen, sondern allein im Interesse der Konzerne und jeweiligen Regierungen agieren!
Der Protest kann zurückkommen und jetzt ist die Möglichkeit, die offenen Fragen anzugehen. Wie können mehr politische Gruppen für weitere Aktionen und weiteren Widerstand gewonnen werden, wie kann sich die Jugendoffensive an den Schulen ausbreiten, wie können wir den Widerstand in die Gewerkschaften hinein tragen und mit ihnen gemeinsam demonstrieren und streiken gegen S21?
Die nächsten Aktionskonferenzen können die Bewegung wieder in Gang setzen! Diese Schlichtung muss auf der Straße, im Betrieb und in Schule/Uni bekämpft werden!

Müllers Wunderbare Welt der Politik

Heute: Der Schlichterspruch

Am 30.11. 2010 erfolgte der Schlichterspruch zu S21. Der große Heiner hat also gesprochen. S21 soll gebaut werden, allerdings sind einige Verbesserungen eingearbeitet worden, bei denen man sich beim K21-Bündnis bediente. So ist S21 jetzt nicht mehr S21, sondern S21plus. Ein besonderes Schmankerl also, über das sich vor allem die S21-Befürworter wie die Schneemänner freuen.

Gerade jetzt in der Weihnachtszeit werden ja Geschenke gemacht, dachte sich wohl auch Geißler und besorgte eines für die arg angeschlagene CDU/FDP Landesregierung in Baden-Württemberg. Die Frage,ob Mappus, Schuster, Gönner und Co. auch artig waren,stellt der Weihnachts-Geißler erst gar nicht.

Warum auch, es sind doch die Gegner von S21,die dieses Jahr nicht artig waren und somit nur Kohlen bzw. kleingehäckselte Bäume zu Weihnachten erhalten. Da verwundert auch das Statement von Mappus kaum, der behauptete, dass dieser Schlichterspruch keinen Verlierer hätte und zudem dem Mauerfall vor 21 Jahren gleichkommen würde.

Da war er wohl sehr freudentrunken über sein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk, dass er so einen Blödsinn von sich gibt. Generell ist die Zahl 21 wohl die Zahl des Jahres, um ein bisschen einen Vorabjahresrückblick zu wagen.Geht es doch nicht nur um S21 oder K21, nein, dazu kommt, dass der Mauerfall, wie bereits erwähnt, 21 Jahre her ist.

Aber zurück zum Schlichterspruch. Das Geißlersche Geschenk stieß den S21-Gegnern sauer auf und so soll der Protest nun weitergehen, was auch berechtigt ist. Hannes Rockenbauch rief gleich nach dem Schlichterspruch zu mehr Protest auf, um zu zeigen, dass die Bewegung nicht tot ist, auch wenn man dies meinen könnte.

Letztlich lässt sich also festhalten, dass Weihnachten, die Zeit der Besinnlichkeit, zumindest für die S21-Gegner nicht gerade besinnlich wird. Vor allem wegen des Geißlerschen Weihnachtsgeschenk.

10. Dezember, Deutsch-Französischer Gipfel in Freiburg

Die Imperialisten feiern sich selbst

Sarkozy und Merkel zeigen Stärke und Geschlossenheit der herrschenden Klasse (Bild: dpa)

Wieder einmal wird für ein propagandistisches Großevent eine Stadt in den Ausnahmezustand versetzt. Wenn sich am 10. Dezember Merkel und Sarkozy zum Plausch in Freiburg treffen, werden tausende Bullen, Soldaten und Geheimagenten die Innenstadt faktisch zum Sperrgebiet machen. Ebenfalls wird mit zu Guttenberg, Westerwelle, Schäuble, Brüderle und Fillon der wichtigste Teil der politischen Elite zum Dinieren erscheinen.

Dass dabei Grundrechte ausgehebelt werden, versteht sich fast schon von selbst, denn schließlich *„haben Kanzlerin und Staatspräsident Vorfahrt“*. Auch dass sich die Elite nur noch mithilfe von bewaffneten Kräften in Bataillonsstärke treffen kann, zeigt einmal mehr den Grad der Zustimmung zu deren Politik.

Deutsch-französische Spezialität: Krieg

Nach 2001 findet am 10. Dezember bereits der zweite *„deutsch-französische Gipfel“* in Freiburg statt. Wie damals sollen auch in diesem Jahr Stärke und Geschlossenheit der herrschenden Klassen Deutschlands und Frankreichs demonstriert werden. Außerdem soll natürlich die grandiose Zusammenarbeit der beiden imperialistischen Nationen gefeiert und vertieft werden.

Dass dabei Grundrechte ausgehebelt werden, versteht sich fast schon von selbst, denn schließlich *„haben Kanzlerin und Staatspräsident Vorfahrt“*.

Passend dazu wird zur Eröffnung des Gipfels ein Einblick gegeben, was man sich unter deutsch-französischer Zusammenarbeit vorstellen kann: auf dem Münsterplatz werden *„militärische Ehren“* zelebriert, voraussichtlich von der *„deutsch-französischen Brigade“*. Diese Eliteeinheit, welche unter anderem in Müllheim in der Nähe Freiburgs stationiert ist, ist Teil der EU-Streitkräfte des Eurokorps. Als *„schnelle Eingreiftruppe“* ist sie für *„friedenserzwingende Operationen“* wie in Afghanistan zuständig, also Krieg und Terror - jederzeit, weltweit – zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.

Doch nicht nur der Krieg nach außen ist eine Spezialität deutsch-französischer Zusammenarbeit, auch beim Krieg nach innen kann man auf Erfahrung bauen. Das aktuellste Beispiel ist dabei das Verprügeln von Castor-Gegner_innen im Wendland durch paramilitärische französische CRS-Truppen an der Seite der deutschen Staatsgewalt. Doch auch Einsätze wie zum Nato-Geburtstag in Strasbourg oder das europäische Polizeitraining zur Aufstandsbekämpfung in Lehnin sind Ausdruck derselben Politik zur Durchsetzung der Interessen der Kapitalisten.

Hierzu gehören auch die systematische Abschottung der EU-Außengrenzen mittels Frontex und die rassistische Abschiebepolitik in Frankreich und Deutschland, aktuell in Form von Deportationen von Sinti und Roma. Schließlich soll nur in die EU kommen, wer auch wirtschaftlichen Nutzen bringt. Sogar der Mord an Flüchtlingen wird dabei stillschweigend hingenommen. Auch Freiburg

Castor 2010: Mutmaßlich französiche Bullen gehen im Wendland rechtswidrig gegen Castorgegner vor (Bild flickr.com, fotocastor2010)

kann hier mit unmenschlichen Verhältnissen in Flüchtlingswohnheimen und dem (Abschiebe-) Baden-Airpark durchaus mithalten.

Frankreich und Deutschland spielen als zentrale Mächte innerhalb der EU eine Führungsrolle bei der rassistischen und imperialistischen Politik. Um diesen Führungsanspruch zu untermauern und auf weltpolitischer Ebene an Gewicht zu gewinnen, ist die Zusammenarbeit für deutsches und französisches Kapital bei allen Differenzen von Vorteil. Gerade in Zeiten der Krise haben Gipfel wie der in Freiburg eine Signalwirkung, stellen sie doch gleichzeitig auch eine Kampfansage an rivalisierende Mächte und die Lohnabhängigen dar.

Die Krise heißt Kapitalismus

Als Köpfe der stärksten Mächte innerhalb der EU stehen Merkel und Sarkozy stellvertretend für das Spardiktat gegenüber *„Krisenverlierern“* wie Griechenland und Irland. Sie sichern damit direkt die Interessen und Profite deutscher und französischer Banken und Konzerne. Der Anstieg der Staatsverschuldung in diesen Ländern – maßgeblich verursacht durch *„Rettungspakete“* an die nationalen Banken – wird nun auf Druck der EU und des IWF an die Arbeiterklasse dieser Länder weitergegeben. Es sind die Arbeiter_innen, die für die Krise des kapitalistischen Systems bezahlen sollen – und ohne erfolgreiche Gegenwehr auch bezahlen werden. Das Ende der Fahnenstange ist dabei vermutlich noch lange nicht erreicht, verfolgt man die Situation in Portugal, Spanien oder Italien. Einen Zusammenbruch einer dieser Staaten können sich EU und IWF dabei nicht leisten, könnte er doch zum Zusammenbruch des Euro führen und somit das gesamte Wirtschaftssystem in Gefahr bringen. Als Gradmesser der Lage können auch die Äußerungen verschiedener EU-Politiker gesehen werden, welche im Ende eines Staates wie Irland auch das Ende der EU sehen.

Die massiven Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse finden jedoch nicht nur in Ländern wie Griechenland und Irland statt, welche unmittelbar vor dem Bankrott stehen. Gerade die deutsche und französische Bourgeoisie sind sich sehr sicher, wer die Kosten der Krise bezahlen soll. Ob durch das *„Sparpaket“* der Bundesregierung oder durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters in Frankreich – es werden massive Angriffe auf die Arbeiterklasse geführt. Dabei wird klar, dass es sich um einen europaweiten Angriff der herrschenden Klassen infolge der Krise handelt, der einen strategischen Sieg über die Lohnabhängigen bringen soll. Gleichzeitig befeuert der Angriff der Bourgeoisie den Widerstand gegen ihre Politik, wie die Massendemonstrationen, Besetzungen und Streikbewegungen in Süd- und Westeuropa beweisen.

Welche Gefahr davon für die Kapitalisten ausgeht, lässt der Widerstand der französischen Arbeiter_innen, Schüler_innen und Student_innen gegen

Infos zum Gipfel-Protest

Ticker zum Gipfel:
http://linksunten.indymedia.org/de/ticker/fr10

EA-Nummer:
(0761) 40 90 72 51

Demo-Sanitäter:
0152 268 052 23

Info-Telefon Radio Dreyeckland
(0761) 31 0 28

die Erhöhung des Renteneintrittsalters erkennen, der Ende Oktober zu vorrevolutionären Zuständen in Frankreich geführt hatte. Sie demonstrierten, wer, welche Klasse zentrale Produktionsstätten lahm legen und die Herrschaft des Kapitals paralysieren kann. Diese Widerstandsaktionen blieben aber allzu oft national isoliert, auf einzelne Sektoren oder einzelne Tage beschränkt. Dafür ist vor allem die reformistische Politik der Gewerkschaftsführungen verantwortlich. Dieses Dilemma können wir nur überwinden, wenn wir in den Betrieben, in den Gewerkschaften gemeinsam europaweit koordinierten Widerstand einfordern und zugleich den Aufbau von Anti-Krisenbündnissen in den Betrieben und Stadtteilen vorantreiben.
Autonome Konzepte wie der *„Kontrollverlust“* mit dezentralen Aktionen bieten keine Perspektive im Kampf gegen die Angriffe des Kapitals – und erst recht nicht für eine klassenlose Gesellschaft, da sie weder die Macht des Staates brechen, noch zur Selbstorganisation der Arbeiter-Innen beitragen können.

Die Vorstellung, die Angriffe von Merkel und Sarkozy durch voneinander isolierte, unkoordinierte *„dezentrale“* Aktionen kleiner Gruppen zu stoppen, ist reines Wunschdenken, das aus der Not – aus dem Mangel an Organisierung und einer klaren Klassenperspektive des Widerstandes – eine Tugend macht.

Widerstand gegen Krieg und Kapital:

Nein zum deutsch-französischen Imperialisten-Gipfel!

Beteiligt euch an den Anti-Krisenbündnissen!

Bauen wir gemeinsam eine international koordinierte Widerstandsbewegung gegen Krise und Krieg auf!

Bericht vom "Antikrisentag" in Stuttgart

KRISE – MACHT – WIDERSTAND

Am 14.11.10 fand in Stuttgart der *„Antikrisentag“* statt. Organisiert wurde dieser Tag, an dem wir uns inhaltlich mit der Finanzkrise auseinander setzen und auch die Positionen verschiedener linker Gruppen gegenüberstellen wollten, von **REVOLUTION** in Zusammenarbeit mit der Gruppe Arbeitermacht. Es sollte eigentlich eine lebhafte Podiumsdiskussion zur Analyse der Krise mit Beteiligung verschiedener linker Organisationen sein, aber da mit der MLPD auch die letzte Gruppe kurzfristig abgesagt hatte, saßen wir mit der Gruppe Arbeitermacht zu zweit auf dem Podium.

Lebhaft war es natürlich trotzdem. Die Veranstaltung war mit ca. 30 Leuten gut besucht, da auch einige Arbeiter_innen der Firma Behr dabei waren, denen wir mit Solidaritätsarbeit in ihrem Kampf um den Erhalt von Werk 8 beigestanden haben. Ansonsten waren noch das *„Libertäre Bündnis Ludwigsburg“* (LB²) und die *„Ökologische Linke“* anwesend, die allerdings nicht aufs Podium wollten. Themen der Podiumsdiskussion waren unsere Analyse des Verlauf der Krise, die Sparpakete und was Großprojekte wie Stuttgart 21 mit der Krise des Kapitalismus zu tun haben. Nach einer Mittagspause mit gutem Essen ging es dann in die einzelnen Workshops: Jugend, Bildung, Krise – Welche Perspektive für die kämpfende Jugend? Was ist los mit den Gewerkschaften? Was haben die Aktionswochen gebracht? Sarrazin und Co: Rechte Hetze in der Krise

Alle Workshops waren etwa gleich stark besucht und es gab gute Diskussionen. Danach gab es noch eine kurze Podiumsdiskussion zum Abschluss. Diese drehte sich um die Fragen: Welche Strategie brauchen wir? Gegen welche Widerstände kämpfen wir an? Was können wir bei uns als nächstes konkret tun?

Der *„Antikrisentag*” kann als Erfolg gewertet werden, da er von vielen Beteiligten positiv aufgenommen wurde und die gute Zusammenarbeit der Gruppe Arbeitermacht und **REVOLUTION** wieder einmal unter Beweis gestellt hat.

Damals wie heute: der Kampf von Luxemburg, Liebknecht und Lenin gegen den Reformismus

Vor 91 Jahren, am 15.01.1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl-Liebknecht von einem rechtsextremen *„Freikorps“* ermordet. Jährlich gedenken tausende Revolutionär_innen, Linke und Internationalist_innen mit der sog. *„LL-Demo“* diesen historischen Persönlichkeiten, die sich Zeit ihres Lebens gegen Kapitalismus, den kapitalistischen Staat und imperialistischen Krieg und für eine sozialistische Gesellschaft und eine proletarisch-demokratische Wirtschaft einsetzten.

Später wurde diese LL-Gedenkdemonstration durch ein *„L“* – das für Lenin steht – ergänzt. Dieser starb 1922 an den Folgen eines Terroranschlags der Sozialrevolutionären Partei.

Aber wer waren diese Personen und unter welchem Hintergrund fand ihr politisches Wirken statt? Diesen Fragen wollen wir in diesem Artikel nachgehen.

Die Degeneration der Sozialdemokratie und der 1. Weltkrieg

Im August 1913 beschloss die Sozialistische (Zweite) Internationale – ein internationaler Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Parteien – am Vorabend des drohenden Weltkrieges entschlossen gegen jede Mobilisierung und Kriegsanstrengungen der kapitalistischen Länder vorzugehen. Sie beschlossen, die Umwandlung des imperialistischen Kriegs in einen Bürgerkrieg zu propagieren. Dieser würde die Folge der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sein. Der Krieg sollte durch Massenaktionen wie Generalstreik und Besetzungen verhindert werden, welche mit der Reorganisation der Gesellschaft durch Gründung von Streik- und Soldatenräten sowie Produktions- ,Konsum- und Verwaltungsgenossenschaften einhergehen sollten.

Jedoch vollzog sich schleichend eine Verbürgerlichung der praktischen Politik und Führung der einzelnen sozialdemokratischen Parteien, auch wenn auf dem Papier weiterhin der Sozialismus durch soziale Revolution gepredigt worden ist.

In Russland argumentierte der rechte Flügel wie Akimov, Kritschewski und Martynow – um das Propagandaorgan *„Rabotschejе Delo“* (Arbeiterbelang)-die Möglichkeit der spontanen Entwicklung des revolutionären Bewusstseins durch legalistische, rein-gewerkschaftliche Praxis, theoretisches Zirkelwesen und lose Parteinetzwerke. Der linke Flügel um Lenin, Plechanow und Axelrod – welche die Zeitschrift *„Iskra“* (Funke) publizierten – kämpfte für eine konkrete Praxis, die sich aus legaler wie konspirativer Arbeit zusammensetzte, jedoch immer die konkrete Arbeit mit

dem revolutionären Sturz der feudal-kapitalistischen Herrschaft verband. Dafür sei eine zentralisierte Partei und Vorfeldstrukturen notwendig.

In Deutschland griff Bernstein mit seinem 1899 veröffentlichen Artikel *„Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“* die Grundlagen des marxistisch-revolutionären Parteiprogramms an und argumentierte, dass die kapitalistische Entwicklung – entgegen der marxschen These von Kapitalkonzentration, Krisen und Kriegen – mit der Verbesserung der sozialen Lage der Gesellschaft, also auch der Arbeiterklasse und einer Entwicklung der demokratischer Rechte einhergehe. Im Bunde mit dem liberal-demokratischen Bürgertum sei für die Arbeiterklasse der Übergang zum Sozialismus durch reine Reformen möglich und Radikalismus deshalb schädlich.

Diese ideologische Richtung des Reformismus fand in den Schriften Bernsteins jedoch nur ihren Ausdruck. Eine reformistische Praxis, zunächst in den Gewerkschaften, schlich sich bereits früher ein. Nachdem die frühkapitalistische Phase abgeschlossen war und die imperialistische Phase begann (siehe hierzu *„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“* von Lenin, Anm. d. Red.), wurden durch Ausbeutung anderer Länder Extraprofite freigesetzt, die es erlaubten, gezielten Kreisen der Facharbeiterschaft soziale und politische Zugeständnisse zu machen. Dies traf vor allem auf die intellektuelle Elite der SPD, den Parteiapparat und die Funktionäre der Gewerkschaften zu. Diese Kreise entwickelten sich von einem kämpferisch-avantgardistischen Milieu zu einer bürokratisch-versöhnlerischen Schicht – der Arbeiterbürokratie – und sahen ihre Rolle nicht mehr im Kampf für Arbeitermacht und Formierung der neuen proletarischen Staatsgewalt, sondern in erfolgreichen Verhandlungen und der Eroberung von Staatsposten im bürgerlich-aristokratischen Staatsapparat. Die Strömung innerhalb der Sozialdemokratie, welche auf einen versöhnlerischen, rein reformistischen Kurs drang, wurde bald als reformistisch bzw. revisionistisch bezeichnet. Ihnen gegenüber standen die Revolutionäre. Die beiden Strömungen entwickelten sich immer stärker auseinander. Die Entwicklung eines *„Marxistischen Zentrums“* um Karl Kautsky, welches zwischen den beiden Positionen vermitteln wollte, erschwerte nur diesen klaren Lösungsprozess und half den Reformisten schleichend die Partei und damit die Führung der Arbeiterklasse vieler Länder zu übernehmen. Diese arrangierten sich schließlich mit ihren einstigen Feinden. Und dies in einer Situation, wo die kapitalistischen Länder die Welt untereinander aufgeteilt hatten, keine neuen Märkte erobert werden konnten und jede weitere Expansion einen globalen Krieg und Millionen von Toten Arbeitern und Bauern bedeuten musste.

Mit dem Beginn des 1. Weltkrieges im August 1914 verletzten die Führungen die Prinzipien ihrer Partei und Klasse von internationaler Solidarität und unterstützten ihre nationalen Bourgoisien in ihren imperialistischen Aggressionen. Mit der Verkündung des *„Burgfriedens“* und der Bewilligung der Kriegskredite 1914 zerbrach die 2. Internationale und die internationale Klassensolidarität. Der Sturm nationaler Euphorie und die Paralyse der Arbeiterklasse musste erst nach der grausamen Kriegserfahrung und Millionen von Toten aufgebrochen werden.

International lösten die erfolgreiche Russische Revolution im Oktober 1917, der Sieg der Kommunisten und der sofortige Friedenschluss ein Signalfeuer in ganz Europa aus.

Seit August 1918 häuften sich auch in Deutschland Fahnenflucht und Streiks, die im November 1918 in einen Aufstand der Soldaten, Matrosen und Arbeiter_innen gipfelten (Novemberrevolution). Soldaten- und Arbeiterräte und –milizen wurden gebildet. Der Staat und das Militär wurden handlungsunfähig.

Die SPD wurde von den Ereignissen überrollt. Der parteiinterne Widerstand gegen ihren pro-kapitalistischen Kurs wuchs an. Die Jugendverbände hatten sich politisch von ihrer Partei distanziert und organisierten mit der Parteilinken um Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Zetkin eine innerparteiliche Opposition.

Revolution Aktionsprogramm Bildung

Unser programmatischer Beitrag zu den Bildungsprotesten.

Revolution Aktionsprogramm Krise

Unsere Analyse der Wirtschaftskrise und unsere Forderungen zum Thema.

www.onesolutionrevolution.de ➔ Publikationen

Der Kaiser wurde abgedankt, um eine Radikalisierung der Bewegung zu bremsen. Scheidemann – der Liebknechts Proklamation der *„Freien sozialistischen Republik“* zuvorkommen wollte – rief die *„deutsche Republik“* aus.

Friedrich Ebert, Vorsitzender der SPD und Begründer der Kooperation mit der Obersten Heeres Leitung (OHL) um die Rechtsmonarchisten von Hindenburg und Ludendorf, argumentierte: *„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“*

Durch den Pakt der SPD mit der OHL hatten die Kapitalisten und Konservativen noch ein Ass im Ärmel. Während die SPD sich an die Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte stellte und die Revolution bremste, nahm sie durch den Rat der Volksbeauftragten die Funktion einer provisorischen Regierung ein und benutzte diverse *„politisch zuverlässigen“* Reichswehreinheiten gegen jede politische Opposition aus ihrer eigenen Basis.

In den Jahren 1918 und 1919 liquidierte die SPD, Polizei, Reichswehr und Freikorps geschätzte 3.000 bis 5.000 Arbeiter_innen...

In den Jahren 1918 und 1919 liquidierte die SPD, Polizei, Reichswehr und Freikorps geschätzte 3.000 bis 5.000 Arbeiter_innen durch direktes militärisches Einwirken oder individuellen Mord zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung der Ausbeuter.

Der Kampf gegen den Reformismus und Imperialismus

Rosa Luxemburg und Wladimir Uljanov Lenin verfassten etliche Beiträge gegen den rechten reformistischen Flügel der Sozialdemokratie. Luxemburg widerlegte Bernsteins ökonomische Analyse und ihre politischen Schlussfolgerungen der systemimmanenten Reformarbeit:

„Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und solange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Frage. Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrängte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente. (...)

Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten.

So gelangt man von den politischen Ansichten des Revisionismus zu dem selben Schluss, wie von seinen ökonomischen Theorien: dass sie im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen.“

(Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“, S.86f.)

Die Beseitigung der Auswüchse des kapitalistischen Systems kann jedoch auf der selbigen Grundlage nicht beseitigt werden. Krisen und Kriege gehören ebenso zum Kapitalismus wie Repression und Revolutionen. Hier hat Luxemburgs marxistische Theorie zum Nachweis kapitalistischer Krisetheorie beigetragen.

Lenin bekämpfte den reformistischen Flügel in Russland wie auf internationalem Parkett hart. Er steuerte viele Beiträge zu Praxis und Theorie bei, sei es zum marxistischen Staatsverständnis und der Notwendigkeit eines revolutionären Sturzes in seinem berühmten Werk *„Staat und Revolution“*, zu Aufgaben und Ausrichtung der Arbeiterpartei (*„Was tun?“*), *„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“* oder des Kampfes gegen den Reformismus und Zentrismus (*„Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“)*, Zentrismus bezeichnet eine zwischen Reform und Revolution schwankende Position, Anm. d. Red.).

Karl Liebknecht gehörte ebenfalls wie Luxemburg zur Parteilinken und war überdies Mitglied der SPD-Parlamentsfraktion. Er verfasste gute Beiträge gegen den Militarismus und Imperialismus (*„Militarismus und Anti-Militarismus“*, *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land“*), war glühender Anhänger einer starken revolutionären, unabhängigen Jugendbewegung und Jugendinternationale und verteidigte den nationalen Befreiungskampf gegenüber imperialistischen Staaten (*„Nationale Selbstbestimmung und Selbstverteidigung“*).

Formierung des politischen Widerstandes und der neuen revolutionären Arbeiterpartei

Während Lenin und die russische Sozialdemokratie diese Entwicklung vorhersahen, den parteiinternen Kampf führten und eine revolutionäre, sozialdemokratische Massenpartei vor der Revolution formierten, hielt die deutsche Linke bis 1916 an der SPD als Partei der Arbeiterklasse fest. Obwohl sie bereits 1914 eine innerparteiliche Opposition aufbauten, die sich gegen den imperialistischen Krieg aussprach (*„Gruppe Internationale“*), brachen sie erst 1917 mit der SPD und konstituierten sich als Linker Flügel der *„Unabhängigen Sozialdemokratischen ParteiDeutschlands“*(USPD)als*„Gruppe Spartakus“*, später als *„Spartakusbund“*.

Als im November 1918 die deutsche Revolution begann und die USPD mit der SPD die provisorische Regierung formierte (*„Rat der Volksbeauftragten“*) erinnerte dies stark an die provisorische Regierung nach der Russischen Revolution im Februar 1917 (*„Februarrevolution“*, im Oktober 1917 folgte die sozialistische *„Oktoberrevolution“*, Anm. d. Red.). Die USPD schwankte zwischen Revolution und Verteidigung der bestehen Ordnung und sah die neuen Macht- und Staatsstrukturen, welche die Arbeiter- und Soldatenräte waren, lediglich als Kontrollorgane des bürgerlichen Staates. Auch in Wirtschaftsfragen waren sie geprägt von sozialistischen Phrasen und einem Ausgleich zwischen Arbeiter_innen und Kapitalisten, während die SPD und die Reichswehr Rat um Rat und Miliz um Miliz zerschlug und die alte Ordnung wiederherstellte.

Zentrales Rondell der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin.

Die Gründung der KPD durch den kommunistischen *„Spartakusbund“* und den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD) war eine wichtige und richtige Entscheidung, um in der letzten Phase der Revolution die besten Kräfte zu sammeln und eine politische Alternative zur Unfähigkeit der USPD und Verrat der SPD aufzubauen. Diese Entscheidung war jedoch – im Gegensatz zur russischen Entwicklung - bereits zu spät. Obwohl die Partei schnell wuchs, war die Zeit zu kurz um wichtige zentrale Fragen und Reifungsprozesse zu durchleben, wie das Verhältnis von legaler Arbeit zu Aufstand und Untergrund, Zentralismus zu Parteidemokratie sowie Einheitsfront zu Wahrung des politisch unabhängigen Profils.

Ohne eine revolutionäre Führung und erfolgreicher Aufstände führten der Rätekongress und die Nationalversammlung in Richtung bürgerlichem Parlamentarismus und Kapitalismus. Parallel hetzte die konservative sozialdemokratische Presse gegen die Linken und rief zu Mord bzw. zur „Stunde der Abrechnung“ auf (*„Vorwärts“*, SPD-Parteizeitung). Die sog. *„Freikorps“* wurden zur Zerschlagung der Arbeiterräte, Arbeiterrepubliken oder –milizen bewaffnet, finanziert von Reichswehr, SPD, der Wirtschaft (u.a. der Deutschen Bank) und der rechtsextremen *„Antibolschewistischen Liga“*, die sogar Prämien für Morde an führenden Kommunisten auszahlte. Ermuntert griff die Reaktion erbarmungslos an und ermordete führende Kommunisten wie Levine, Muhsam, Landauer, Jogiches.

Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 von der Garde-Schützen-Kavalleriedivison unter Kommando des Generalmajors W. Papst in *„Schutzhaft“* genommen, gefoltert, freigelassen sowie *„auf der Flucht“* von Hinten erschossen und in den Landwehrkanal entsorgt. Dazu notierte Papst in seinem Nachlass: *„Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte – mit Ebert im Hintergrund – und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.“*

Nach der Identifizierung der Leichen erfasste ein Sturm der Entrüstung die SPD-Basis, die breite Arbeiterklasse und die gesamte sozialistische Linke. Viele Politiker, u.a. der Parteifreund Leo Jogiches setzten sich energisch für die Aufklärung der Tat ein. Dieser wurde jedoch daraufhin selbst Opfer eines Mordes. Nach bürgerkriegsähnlichen Arbeiteraufständen wurden die Freikorpssoldaten Runge und Souchon vor das Kriegsgericht gestellt, jedoch ihre

Anklage gegen geringe Haft- und später Geldstrafen eingestellt bzw. gedeckt und aus Deutschland geschleust. W. Pabst – der Kommandant der Mordeinheit – wurde nicht angeklagt.

Damals und Heute

heutigen Krisen und Kriege, die Führungs- und Selbstführungschwäche der Arbeiterklasse beweisen, dass ihre Analyse, Kritik und Schlussfolgerungen immer noch höchst aktuell und ein wichtiger Bestandteil revolutionären Wirkens heute sind und sein müssen.

- Kampf für Basisbewegung und revolutionäre Gewerkschaften.
- Kampf für Arbeitermacht, globale Revolution, Rätestaat und sozialistische Weltrepublik

One Solution: REVOLUTION – Sozialismus oder Barbarei!

Fronttransparent des Antifa-Block auf der LL-Demo 2009 (Foto: flickr.com, PPCC Antifa)

Heraus zur LLL-Demo am 9.1.2011

Wir von der internationalen kommunistischen Jugendorganisation **REVOLUTION** gehen nicht auf die LLL-Demontration, weil wir einen traditionalistischen Personenkult pflegen wollen, sondern weil wir den Leistungen und (Lebens-) Opfern dieser Menschen ehren wollen. In dem Kampf gegen die rechte Degeneration der Sozialdemokratie, die wir bis heute von Hartz IV über Afghanistaneinsatz bis hin zu Hungerlöhnen spüren, spielten Luxemburg, Liebknecht und Lenin eine herausragende Rolle. Egal ob die Kritik am Verrat der Sozialdemokratie, der Jugendunterdrückung und Ausbildungsmisere, dem Kampf für demokratische Rechte, gegen Angriffskriege, Nationalchauvinismus oder utopischen Pazifismus – die

Daher gilt damals wie heute:

- Kampf dem Kapitalismus und Liberalismus.
- Kampf dem Imperialismus und für nationale Selbstbestimmung und Selbstverteidigung.
- Kampf für Frauenbefreiung und Freiheit der Sexualität.
- Kampf für Jugendbefreiung und Jugendinternationale.
- Kampf dem Reformismus und Stalinismus.
- Kampf für Marxismus und revolutionäre Internationale.

Klimagipfel in Cancún, Mexiko:

Viel heiße Luft

In Cancún in Mexiko ist das Klima im Dezember um einiges einladender als in Kopenhagen. Trotzdem ist es dieses Jahr eigenartig ruhig innerhalb der linken Szene um den *„COP-16“*. Letztes Jahr war der Klimagipfel in Kopenhagen ein Großevent für Aktivist_innen vor allem aus dem autonomen und anarchistischen Spektrum – *„direct action“* war angesagt. Vielleicht sind viele Leute enttäuscht darüber, dass die direkten Aktionen nicht wie erwartet die Verhandlungen und den Kapitalismus gleich mit gestürzt haben, oder aber Cancún ist einfach zu weit weg von Europa.

Grund genug gebe es auf jeden Fall. Die Klimaverhandlungen sind keinen Schritt weiter gekommen und es ist anzunehmen, dass auch dieses Jahr wieder nur viel heiße Luft aus dem Gipfel emittiert wird (abgesehen von den CO2-Emissionen für die Anreise und die Annehmlichkeiten der Delegierten). Die USA zeigen weiterhin mit dem Finger auf China und blockieren so jede weiteren Schritte in den Verhandlungen. Dabei dürften sich beide Länder in ihrer Rolle wohl fühlen. Die USA können verbindliche Ziele verhindern und gleichzeitig daran arbeiten, von ihrem Sündenbockimage weg zu kommen. China argumentiert mit seinem Bonus als *„Schwellenland“* und weiß genau, dass die Industrieländer die Gewinne ihrer Konzerne verteidigen müssen, die auf der Überausbeutung der Arbeiter_innen und der Umwelt in China basieren.

Gleichzeitig sind im letzten Jahr vermehrt Meldungen von einer angeblichen *„Lügenallianz“* rund um den Klimawandel erschienen. Zeitungen und Magazine (wie z.B. wieder mal der Spiegel) veröffentlichten Berichte über Forschungsergebnisse, welche angeblich den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen würden. Theorien von dem *„ganz normalen Klimawandel“*, über Schwankungen der Sonnenaktivität bis hin zu Änderungen des Erdmagnetfeldes haben wieder Hochkonjunktur.

Fakt ist, dass es nach wie vor keine substantiellen, wissenschaftlich begründeten Zweifel an dem Einfluss der Klimagasemissionen auf das Klima gibt. Alle vorgebrachten Zweifel basieren auf nicht belegten Theorien und Vermutungen. Durch die kapitalstarke Öl- und Energielobby im Hintergrund dieser Absichten finden sie immer wieder den Weg in die Medien – und werden meist unkommentiert stehen gelassen.

Proteste

Dass es keine großen Meldungen um die Proteste gegen den Klimagipfel gibt, ist auch ein Informationsproblem. Vor allem „Via Campesina“ ist durchaus rund um den Gipfel aktiv. Sie haben eine Karawane von Guadalajara nach Cancún organisiert und in vielen Städten in Amerika finden Kundegebungen, Demos und Diskussionen statt. Auf ihrer Homepage kann man Berichte und Ankündigungen dazu finden. Es wurde auch wieder ein alternatives Klimaforum organisiert.

Ansonsten scheint der Protest dieses Mal tatsächlich den üblichen NGO´s wie Greenpeace und BUND überlassen, die akkreditierte Teilnehmer_innen in dem Gipfel haben und Druck auf die Diplomaten machen wollen.

Unterdessen wird das einjährige Jubiläum des Gipfels in Kopenhagen durch ein ebenfalls wenig beachtetes Urteil in Dänemark flankiert: die zwei Aktivistinnen Stine Gry Jonassen und Tannie Nyboe von *„Climate Justice Action“* wurden zu vier Monaten Bewährung verurteilt, wegen *„Organisation und Anstiftung von Gewalt und Vandalismus“*.

Tannie Nyboe: *„Das ist ein eindeutiger politischer Versuch, die Möglichkeiten zu beschränken, die Verhandlungen während der Gipfel und den ganzen Hintergrund der Klimaprozesse zu kritisieren.“*

Wir solidarisieren uns mit *„Climate Justice Action“* und den verurteilten Aktivistinnen und weisen diese schändlichen Urteile zurück!

(Mehr über unsere Positionen zum Klimawandel und der Bewegung dagegen findet ihr auf unserer Homepage unter der Rubrik *„Klima und Umwelt“*.)

REVOLUTION
international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

Kontakte REVOLUTION

germany@onesolutionrevolution.de
oder direkt: [stadt]@onesolutionrevolution.de

Berlin >>> Freiburg >>> Hamburg
Kassel >>> Stuttgart

Keine Gruppe in deiner Nähe? Wir helfen dir eine Gruppe bei dir zu gründen! Mehr Infos siehe Seite 25

Schreib uns!
www.onesolutionrevolution.de

Impressum

V.i.S.d.P. - R. Müller, Greifswalder Str. 12, 10325 Berlin

Energiepolitik im Kapitalismus

Energiekonzerne enteignen!

Anti-Castor-Proteste im Wendland, Anfang November 2010: Die Polizei prügelte den Castor durch´s Wendland (Foto: flickr.com)

Sowohl die Diskussionen über den Ausstoß an Treibhausgasen und deren Auswirkungen auf das Klima als auch die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke stellen die Frage der Energieversorgung in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Auffällig bei der Debatte ist, dass der grundlegenden Struktur unserer Energieversorgung kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es wird nur über die konkrete Ausgestaltung der Versorgung gesprochen, verbunden mit Forderungen, die Regierung solle in dieser oder jener Richtung Anreize schaffen und Gesetze verabschieden. Doch die Debatte über unsere Energieversorgung stellt viel grundlegendere Fragen: wer entscheidet über unser Wohlergehen, zu wessen Vorteil ist diese Gesellschaft organisiert? Sie stellt die Frage des Kapitalismus und der kapitalistischen Produktionsweise.

In Deutschland wurde der Energiesektor 1998 liberalisiert, also für den privaten Sektor geöffnet

Die Bedeutung der Energieversorgung

Die Energieversorgung ist für jeden Staat, für jedes Land von herausragender Bedeutung. Jede/r wird das leicht einsehen, denn alle Bereiche unseres Lebens sind von Energie abhängig. Wegen der Energieversorgung werden Milliarden an Steuergeldern in Subventionen gesteckt, ganze politische Handlungsweisen bestimmt und Kriege geführt (was dachtet ihr, was Soldaten aus Deutschland in Afghanistan machen?). Der Energiesektor ist ein wesentlicher Grundpfeiler unserer Gesellschaft, und seine Ausgestaltung hat unweigerlich Auswirkungen auf uns alle. Früher hat der kapitalistische Staat die Energieversorgung als einer seiner Kernaufgaben als *„ideeller Gesamtkapitalist“* (Ausdruck von Friedrich Engels) in die Hand genommen und organisiert. Doch ca. seit den 1980er herrscht in der kapitalistischen Welt der Neoliberalismus vor, eine Ideologie, welche davon geprägt ist, dass der kapitalistische Markt alles von alleine zum Guten regelt und der Staat sich so weit wie möglich heraus halten soll. Verbunden mit dieser Ideologie war und ist auch eine weitreichende Privatisierungspolitik, die außer der Energieversorgung auch zahlreiche andere Bereiche der sog. Öffentlichen Hand betrifft, z.B. Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr (Bahn) und Wasserversorgung. Auf internationaler Ebene wurde und wird diese Politik im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) mit den GATS-Verträgen durchgesetzt (General Agreement on Trade in Services). Dieses Vertragswerk verpflichtet alle Mit-

gliedsstaaten der WTO, weite Bereiche der öffentlichen Versorgung für private Investoren zu öffnen.

Natürlich stecken dahinter Milliardenprofite für das Kapital. Das Entscheidende dabei ist: die Menschen sind auf diese Dienstleistungen angewiesen. Ich kann mich (bedingt) entscheiden, ob ich ein Auto fahren will oder nicht, ob ich einen Fernseher brauche oder nicht, ob ich lieber Jeans oder Cordhosen trage – ich bin aber angewiesen darauf, dass ich fließendes Wasser habe, eine Gesundheitsversorgung im Krankheitsfall und Strom aus meiner Steckdose.

In Deutschland wurde der Energiesektor 1998 liberalisiert, also für den privaten Sektor geöffnet, was die Privatisierung nach sich zog. Gemäß der neoliberalen Ideologie wurde uns versprochen, dass die Versorgung damit gesichert sei, dass die Preise sinken würden und dass die neuen privaten Versorger alles besser machen würden. Doch es kam natürlich anders. Heute kontrollieren vier Stromkonzerne (RWE, E.On, Vattenfall und EnBW) über 90% unseres gesamten Strommarktes und konzentrieren die Macht über die Energienetze auf sich. Die Preise steigen ständig und der Ausbau erneuerbarer Energien wird von den Riesen behindert, wo es nur geht, wenn sie nicht ihre Finger entscheidend im Spiel haben. Das Schlamassel ist offensichtlich: vier Energiekonzerne bestimmen über das Schicksal der Energieversorgung in Deutschland!

Also: Energiekonzerne enteignen! Oder?

Angesichts dieser Sachlage ist das doch eigentlich klar, oder? Aber wenn wir uns die ganzen Debatten anhören, und auch ein Auge darauf werfen, was in der Linken darüber debattiert wird, insbesondere in Bezug auf Atomenergie, stellen wir fest, dass diese Forderung fast nie auftaucht. Warum eigentlich nicht? Besonders die Anti-Atom-Bewegung ist von politischen Gruppen, Organisationen und Parteien dominiert, die die Frage der Atomenergie von der allgemeinen Frage der Energieversorgung trennen und sich auf reine Atom-Lobby-Arbeit konzentrieren (ausgestrahlt, Bäuerliche Notgemeinschaft, Die Grünen etc.). Das häufigste Argument dafür ist, dass man kleine Schritte machen müsse. Das ist eine fatale Logik, die immer wieder dazu dient, politische Forderungen auf kleine Minimalziele zu beschränken, die an der Gesamtsituation wenig verändern! Zudem ist diese Vorstellung mit einer Konzeption verbunden, dass sich Bewegungen oder politische Prozesse langsam und stetig entwickeln. Wenn dem so wäre, müsste doch gerade die Anti-Atom-Bewegung, mit einer über dreißig-jährigen, sehr bewegten Geschichte, mittlerweile den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft erkämpft haben. In Wirklichkeit geht immer wieder viel an der Dynamik der Bewegung verloren.

Ein weiteres Argument einer solchen Politik ist, dass man die *„einfachen Leute“* nicht erschrecken dürfe, um seine Ziele zu erreichen. Doch die Frage ist nicht nur, welche Ziele wir erreichen wollen, sondern auch wie wir diese erreichen können! Aus der Atomkraft auszusteigen, und mehr noch die ganze Ausrichtung der Energieproduktion zu ändern, können wir nicht schaffen, ohne die Macht der Energiekonzerne gänzlich zu brechen. Das sehen auch die *„einfachen Leute“*, besser noch als viele Aktivist_innen, weswegen mit einer konsequenten radikalen Politik auch viele der *„einfachen Leute“* gewonnen werden könnten.

Ein weiteres Problem liegt in der rein parlamentarischen Ausrichtung. Es herrscht die Ideologie vor, dass wir durch Demonstrationen und Proteste genug Druck auf die Parlamente ausüben müssten, um diese von unseren Argumenten zu überzeugen. Doch das ist eine naive Illusion in den Parlamentarismus. Der Kapitalismus ist ein undemokratisches System, das Parlament eine Institution, die das Funktionieren des Kapitalismus sicherstellen soll. Gerade jetzt, wenn Projekte wie S21 oder der Castor-Transport wieder gegen die Bevölkerung durchgeprügelt werden, beginnen viele Menschen, das zu erkennen. Die Macht der Energiekonzerne wird nicht im Parlament, sondern auf der Straße und, wichtiger noch, in den Konzernen selbst bekämpft!

Die Öko-Lobby

Nachdem die Gefahr eines drohenden Klimawandels und der Wahnsinn der Atomkraft der Mehrheit der Bevölkerung bewusst geworden sind, haben wir es jetzt mit einem neuen Phänomen zu tun: dem Aufkommen einer einflussreichen Öko-Lobby und den *„grünen Kapitalisten“*. Damit verbunden ist die weit verbreitete Ansicht in der Anti-Atom- und Klimabewegung, dass die Energiewende dadurch herbeigeführt werde, dass möglichst viele Leute den Stromanbieter wechseln. Das führte dazu, dass heute viele Aktivist_innen freiwillige, unbezahlte Anwerbung von Kunden für die *„alternativen Stromanbieter“* machen. Das ist aus mehreren Gründen fatal! Erstens ist es eine Illusion, bürgerliche Propaganda, dass der Kapitalismus über den Markt und die Konsumenten demokratisch beeinflussbar wäre. Gegen die politische und ökonomische Monopolisierung der Energiekonzerne kommen die kleinen Energieversorger nicht an, was ihnen ein Nischendasein beschert. Der Markt wird von weit mehr Faktoren beeinflusst, als von Angebot und Nachfrage, wie wir das in der gut bürgerlichen Schule lernen (z.B. Bewusstsein, Marketing, Bildung, Marktanteile, Zugang zu Medien, Ideologie etc.). Zweitens ist es falsch anzunehmen, dass die bloße Umstellung auf erneuerbare Energien zu einer Umstrukturierung oder gar *„Revolution“* in der Gesellschaft führen würde. Vielmehr steigen die üblichen Konzerne in das Geschäft ein und dominieren es gleichermaßen. Oder andere Konzerne entstehen, die zwar *„grüne Energie“* erzeugen oder in diesem Sektor tätig sind, aber ihre Arbeiter_innen genauso schlecht oder noch schlechter behandeln, gewerkschaftliche Organisierung bekämpfen und in gleicher Weise über Lobbyismus undemokratisch

Einfluss auf Entscheidungsträger_innen ausüben. Wollen wir das unterstützen und vorantreiben? Wir sollten nicht dafür Werbung machen, dass uns andere Konzerne (oder die gleichen mit anderem Image) ausbeuten und unsere Lebensbedingungen diktieren, sondern dass wir das selbst in die Hand nehmen!

Was wollen wir?

Was ist jetzt aber der Inhalt der Forderung *„Energiekonzerne enteignen!"?* Geht es uns darum, die Privatisierung rückgängig zu machen und die Energieversorgung wieder in die Hand kommunaler Unternehmen zurück zu führen? Ja und nein. Zuerst muss gesagt werden, dass wir für eine entschädigungslose Enteignung der vier großen Energiekonzerne eintreten. Die Privatisierung war ein riesiger, legalisierter Raub an den Ressourcen der ganzen Bevölkerung, woran sich einige wenige millionenschwer bereichert haben. Wir sind selbstverständlich dagegen, dass diese Verbrecher und Diebe entschädigt werden! Ja, wir sind dafür, dass die Energieversorgung wieder öffentlich organisiert wird. Nein, wir sind dagegen, dass die staatlichen Energieversorgungsunternehmen wieder zu den bürokratischen Monstren werden, die sie einmal waren, und die von der Bevölkerung in gleichem Maße entfernt waren, wie die privaten heute (siehe z.B. die Staatskonzerne EdF in Frankreich oder auch Vattenfall in Schweden!). Deshalb muss die Forderung der Enteignung mit einer Reihe weiterer Forderungen verbunden werden. Die neue öffentliche Energieversorgung muss unter Kontrolle der Arbeiter_innen und Konument_innen stehen! Wir sind für Arbeiterräte in allen Kraftwerken und Anlagen, in denen die Arbeiter_innen selbst über die Politik und Sicherheit der Werke bestimmen. Wir sind für eine demokratische Struktur von Räten, in denen direkt gewählte Delegierte der Bevölkerung über die Ausrichtung der Energiepolitik entscheiden. Nicht die herrschenden Politiker sollen über die Energieversorgung entscheiden, sondern die Menschen sollen das selbst tun! Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Organisierung und Gewinnung der Arbeiter_innen in dem Energiesektor. Die Organisationen, die sich für eine andere Energiepolitik einsetzen – von ausgestrahlt über die Grünen bis hin zu Contratom – sehen hierzu keine Notwendigkeit. Wenn die Arbeiter_innen von einer Wende der Energiepolitik überzeugt werden können, dann kann die Macht der Energiekonzerne gebrochen werden! Die Arbeiter_innen stehen heute der Umweltbewegung mit Skepsis gegenüber. Sie haben Angst um ihre Jobs – und das zu Recht, denn im Kapitalismus bedeutet eine strategische Entscheidung auch immer Verlust vieler Arbeitsplätze (z.B. Ausstieg aus der Kohlekraft in England in den 80er -Jahren).
Wenn die Umwandlung der Energieversorgung von demokratischen Räten der Arbeiter_innen und der Konsument_innen selbst organisiert wird, kann die Nutzung des Potentials und Könnens der Arbeiter_innen in der neuen Energiestruktur geplant und umgesetzt werden. Dann können die Arbeitsplätze sinnvoll umgewandelt und die Fähigkeiten der Arbeiter_innen zum Wohl der ganzen Gesellschaft genutzt werden, anstatt dem der Energiekonzerne!

Erstmals Einsatz von Überwachungsdrohne bei Castor

Demonstrant_innen mit Drohne überwacht

Der Weg in den Überwachungsstatt schreitet immer schneller und weiter voran. Bei den Castor-Transporten im Wendland wurde erstmals eine fliegende *„Polizei-Drohne"* eingesetzt, um Demonstrant_innen unbemerkt aus der Luft aufzunehmen.

Uwe Schünemann, Innenminister von Niedersachsen, erklärte zufrieden: *„Das bedeutet einen Quantensprung in der Polizeiarbeit."*

Richtig, denn in Zukunft können damit Demonstrant_innen gezielt aufgezeichnet, Gesichter zu Datensätzen zugeordnet und in ganz Europa per Spitzel-Datenbank vernetzt werden. Damit wird jede/r Teilnehmer/in einer Demo gleich in die Sünder-Datenbank aufgenommen und im Bedarfsfall kann auf entsprechende Repressionsmaßnahmen (Überwachung, Arbeitsablehnung, Abschiebung…) zurückgegriffen werden.

Nein, nein, beteuern natürlich Polizei und Politik. Die Drohne würde nur zur Unterstützung eingesetzt werden, und direkte Aufnahmen von Demonstrant_innen seien gar nicht gemacht worden (ja was denn dann?). Grünen-Politiker Briese erklärte, die Drohne dürfe auf keinen Fall eine abschreckende Wirkung auf Demonstrant_innen haben (nein, wie kommt er denn darauf?) Und Bundeskanzlerin Merkel erklärte schon zu Stuttgart 21, dass das ganz anders sei als damals 1989 in der DDR, da heute in der BRD niemand Angst haben müsse, dass „seine Kinder kein Abitur mehr machen dürfen" wenn sie an einer Demo teilnehmen.

Stimmt, die meisten Kinder können im kapitalistischen Deutschland ja sowieso kein Abitur machen. Da ändert eine Demo dann auch nichts mehr dran…

Exportüberschüsse gegen Haushaltsdefizit

G20 Gipfel in Südkorea / Kanada

Jedes Jahr treffen sich die Regierungschefs der mächtigsten Industrienationen, mal als G8 oder als G20. Die G20-Länder repräsentieren 88.2 % des weltweiten Bruttonationaleinkommens (alle gehandelten Waren und Dienstleistungen etc.). Bei den Treffen wird meist darüber verhandelt, wie die Märkte untereinander verteilt werden und welche wirtschaftlichen Interessen sich durchsetzen können. Innerhalb dieser Gruppe nehmen die Staaten die Führungsrolle ein, welche seit Jahrzehnten die stärksten kapitalistischen Mächte sind: USA, Deutschland, Japan, Frankreich & Großbritannien.

Diese Staaten, die wir als imperialistische Staaten bezeichnen, deren Kapital weltweit Märkte, Arbeitskräfte und Rohstoffe beherrscht und ausbeutet, nutzen diese Gipfel zur Festigung ihrer Position. Dort wird entschieden (ähnlich wie in der WTO (Welthandelsorganisation) und dem IWF (Internationaler Währungsfond)), unter welchen Bedingungen weltweit Profit gemacht und angeeignet werden kann. Es geht darum, alle Märkte zu erschließen, d.h. alle Märkte den hochentwickelten imperialistischen Kapitalen auszuliefern – Resultat einer solchen Politik ist es, wenn die Tomate aus Spanien im Senegal weniger kostet, als eine einheimische – und in Spanien dadurch Profit gemacht wird.

Wie schon im kommunistischen Manifest beschrieben, erobert die imperialistische Industrie alle Märkte und reißt *„alle Mauern ein“*. Die G20 sind heute das Planungskomitee dieser Politik. Hier wird durchgesetzt, wo investiert werden darf, welche Rohstoffe ausgeliefert werden müssen und wie allgemein die eigene Herrschaft weiter ausgebaut werden kann.

Konflikte seit der Weltwirtschaftskrise

Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 sind die Spannungen innerhalb des Bündnis auch bürgerlichen Medien aufgefallen. Vor dem Gipfel in Südkorea wurde vor allem der Konflikt zwischen USA und Deutschland medial bearbeitet. Dort hieß es: *„Exportüberschüsse gegen Handelsdefizit“*. So hat Deutschland seinen aktuellen Aufschwung der Tatsache zu verdanken, dass die Exportindustrie gestärkt aus der Krise gekommen ist, d.h seine Position in den unterworfenen Märkten ausbauen konnte. Dies veranlasste sogar die französische konservative Regierung, sich über die negative Handelsbilanz mit Deutschland zu beschweren und höhere Löhne für die deutschen Beschäftigten zu fordern (die aktuellen Angriffe in Frankreich zeigen, wie diese Regierung eigentlich um die Belange der Beschäftigten besorgt ist).

Resultat einer solchen Politik ist es, wenn Tomaten aus Spanien im Senegal weniger kosten als eine einheimische und in Spanien dadurch Profit gemacht wird.

Das Problem ist, dass die französische Wirtschaft jedes Jahr ein Minus gegenüber Deutschland macht, also eine negative Handelsbilanz aufweist. Dies hat die BRD wahrscheinlich mit fast allen Staaten – auf jeden Fall kommen so ca. 200 Milliarden Euro Handelsbilanzüberschuss für das deutsche Kapital zu Stande. Dementsprechend fordern die anderen imperialistischen Staaten, wie z.B. die USA, *„Obergrenzen“* für Handelsbilanzdefizite. Damit wollen sie wiederum ihre eigene Position stärken und den deutschen Imperialismus schwächen.

Aber das deutsche Kapital ist auch zum Angriff in der Lage und fordert, zumindest inoffiziell, ein Ende der US Schulden- und Währungspolitik. Seit 2008 haben die USA Billionen neuer Schulden gemacht (europäische Zählweise). Damit wurden die bankrotten Immobilienmärkte und Banken geschützt und massive Konjunkturprogramme finanziert. Während zu Beginn der Krise die EU, Japan, China und der IWF massiv US-Staatsanleihen (wie Schuldscheine) kauften, um die stärkste Ökonomie der Welt zu retten, sind die USA inzwischen auf bessere Ideen gekommen. Über die eigene Zentralbank, die FED, nimmt der Staat Schulden auf, und zwar zu 0%. Derzeit will Obama das nächste Paket schnüren. Dieses Mal 600 Milliarden $ für ein Konjunkturprogramm, bei dem hauptsächlich die Verkehrswege Straße und Bahn ausgebaut werden sollen. Durch die hohe Staatsverschuldung der USA (die Geldmenge des Dollar steigt stetig über 12 Billionen $) verbilligt sich der Dollar und stärkt so den US-Export, schmälert aber gleichzeitig die Dollar – Profite der imperialistischen Konkurrenten. Diese Konkurrenz ist verantwortlich für die Konflikte auf der G20-Konferenz.

Gerade in der Krise verschärft sie sich zwischen den imperialistischen Staaten. Schon zweimal in der bürgerlich-kapitalistischen Geschichte wurden solche Konflikte mit Weltkriegen beantwortet. Heute ist für uns aber vielmehr das Problem, dass dieses System der G20 (bzw. G8) nicht mal mehr einen Weltkrieg braucht, um den Planeten ins Elend zu führen. Statt beim Weltklimagipfel in Cancún (Mexiko) alles mögliche zu unternehmen, um die Klimakatastrophe

zumindest einmal zu, bekämpfen, wird um Weltmarktanteile und Profite geschachert. Dieses System ist permanenter Krieg gegen die Menschheit!

Ein System der Krise

Investition aus dem Ausland kaum retten, selbst zweimal erhöhte Steuern können den Kapitalfluss nicht hindern. Kapital aus USA, EU und China wetteifert derzeit weltweit um Marktanteile. Dabei wird es interessant, welche Rolle China die nächsten Jahre einnimmt. Seit 2009 ist China „Exportweltmeister“ und

Regionalmächte wie Russland, Brasilien und Indien ihre kontinentale Stellung auszubauen und den Einfluss der imperialistischen Staaten zurück zu drängen.

Das System der G20 ist ein System der Krise, ein System, das Ausbeutung,

Die Polizei kesselt G20-Gegner in Toronto ein. (Foto: flickr.com, Jonas Naimark)

Innerhalb der G20 agiert der deutsche Imperialismus durch die EU im Zweckbündnis mit dem schwächeren Frankreich, die USA verpflochten mit Großbritannien, Japan, Südkorea und Saudi - Arabien und gleichzeitiger Hegemon in Nord-Südamerika ebenso wie die aufstrebende kapitalistische Macht China und die Regionalmächte Russland, Indien, Brasilien und Südafrika.

Viel Potenzial für Blockbildung, gerade in der Frage, ob die USA oder die EU die Kontrolle über die aufstrebenden Staaten bekommen. Diese Kontrolle wird vor allem über Kapitalinvestitionen ausgeübt. Das imperialistische Kapital investiert in Märkte, d.h. in Arbeitskräfte, Maschinen und Rohstoffe, und kann sich so den „Extra Profit“ in diesen Märkten aneignen. Aktuell kann sich Brasilien vor

wird diesen Platz wohl auf lange Sicht behalten. Ebenso ist China aktuell die einzige kapitalistische Macht ohne Schulden, sondern mit hohen dreistelligen Reserven.

Ökonomisch hat sich China als Herausforderer von den USA, EU und Japan in Stellung gebracht. Die entscheidende Frage wird sein, ob China auf Kosten der anderen imperialistischen Kapitale, insbesondere Japan, seinen Aufstieg weiter fortsetzen kann, oder nicht.
In der Geschichte des Kapitalismus und seiner imperialistischen Epoche brachen immer dann Konflikte auf, wenn neue Mächte die alte imperialistische Ordnung herausforderten. In einer solchen Periode leben wir. Die USA wird von der EU und China auf globaler Ebene heraus gefordert. Ebenso versuchen

Zerstörung und Krieg täglich verantwortet. In einem sind sich alle Politik – Marionetten bei den Gipfeln einig: ihre Politik dient den Interessen des Kapitals und muss weltweit gegen die Arbeiterklasse, die Bauern und Jugend durchgesetzt werden. Dabei werden die Lebensgrundlagen, die Natur und das Klima für die künftigen Generationen vernichtet, gegen jeden Widerstand Krieg und Gewalt von Militär und Polizei eingesetzt und die erkämpften Rechte und Lebensverhältnisse der Menschheit angegriffen.

Perspektive und Widerstand

Bei jedem Gipfel seit der WTO-Tagung 1998 in Seattle gibt es Massenproteste. Auch dieser Gipfel wurde wieder von den Protesten 10.000er begleitet. **REVOLUTION** hat gemeinsam mit

der *„Liga für die 5.Internationale“* die Proteste gegen Globalisierung, IWF und Imperialismus unterstützt. Nach unserer Sicht geht es jetzt darum, dieser Wirtschaftskrise und diesem siechenden Imperialismus einen international koordinierten Protest und Widerstand entgegen zu setzen.

Dieser darf nicht bei Demos gegen Großereignisse stehen bleiben! Wir brauchen Basisbewegungen und Bündnisse in jedem Land, Stadt, Betrieb, Uni und Schule – wir brauchen eine revolutionäre antikapitalistische Massenbewegung! Diese kommt aber nicht von alleine zu Stande. Eine Massenbewegung kann dann entstehen, wenn zum einen alle Organisationen der Arbeiter_innen, Bauern und Jugend in einen Kampf gezogen werden können und zum zweiten ein revolutionäres Programm in einer solchen Bewegung die Mehrheit gewinnt. Die Generalstreiks gegen die Sparpakete, die Massenproteste im Bildungssektor, die internationale Bewegung gegen die Umweltzerstörung, die Kämpfe der Bauern gegen Großgrundbesitz und Monopolkonzerne, der antiimperialistische Kampf gegen Besatzung und Krieg — wenn diese Kämpfe mit einem gemeinsamen revolutionär – sozialistischen Programm geführt werden, das den Umsturz des Kapitalismus zum Ziel hat, können wir die G20 beenden und anstelle dessen eine Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Mehrheit organisieren! Eine Gesellschaft, die den weltweiten Hunger, die Unterentwicklung und die nahende ökologische Katastrophe verhindern will und alles dafür einsetzt, die Ausbeutung und Unterdrückung beendet und nur noch einen Gegner hat — die Kapitalistenklasse.

Im nächsten Jahr ist der G8-Gipfel in Frankreich geplant. Wir rufen alle antikapitalistischen und sozialistischen Gruppen dazu auf, dort zu protestieren und weiteren gemeinsamen Protest zu planen und zu organisieren!

- Für eine internationale Koordinierung der Proteste gegen den kommenden Gipfel in Frankreich! Shut down G8!
- Für eine Ausweitung der Proteste auf Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiter_innen!
- Für Streiks und Besetzungen gegen den Gipfel!
- Für eine Verbindung der verschiedenen Kämpfe gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die den Sturz des Kapitalismus zum Ziel hat!
- Für den Aufbau einer neuen (Jugend-) Internationale!

Aktivist_innen des Jugend-Hilfscamps rufen zur internationalen Solidarität auf.

Solidarität international!

Während das pakistanische Volk einer der größten humanitären Krisen seiner Geschichte ausgesetzt ist, ergreifen BasisaktivistInnen, Gewerkschaften, SozialistInnen und die Jugend selbstständig die Initiative. Sie müssen das tun, da die pakistanische Regierung sehr langsam reagiert und eher am Schutz der Infrastruktur interessiert ist als am Schutz der Menschen.

In Lahore und Gujranwala wurden Jugend-Hilfscamps von der Jugend und linken Aktivist_innen sowie einer Sektion der Liga für die Fünfte Internataionale gegründet. Sie sammeln Geld und Hilfsgüter, um diese den Betroffenen zu schicken. Bislang haben sie zehntausende Rupien, Nahrungsmittel, Medizin, Decken u.a. Hilfsgüter gesammelt und in die betroffenen Gebiete geschickt. Die Situation in Pakistan ist außerordentlich dringlich, inzwischen sind mehr als 20 Millionen Menschen zu Flüchtlingen geworden. Sie brauchen direkte und effektive Unterstützung, während die UNO nur armselige Hilfsgelder bereitstellt. In den betroffenen Gebieten können Krankheiten sich schnell ausbreiten. Das Land steht vor einer Hungerkatastrophe. Besonders betroffen ist die Region Punjab, von dessen Ackerflächen Millionen Pakistani abhängig sind. Die Kapitalisten und Spekulanten haben auf die Krise schon reagiert – mit steigenden Lebensmittelpreisen.

Die armen, durch die Flut enteigneten Massen brauchen dringend Lebensmittel u.a. Hilfsgüter. Wir appellieren an die Schwestern und Brüder der internationalen Arbeiterbewegung, die pakistanischen BasisaktivistInnen in ihrem Kampf gegen die Katastrophe zu unterstützen!

Wenn ihr in Deutschland spenden wollt, überweist bitte an die Gruppe Arbeitermacht:

<u>Spendenkonto</u>

Stichwort:
„Pakistan-Hilfe“:

Postbank,
Kto.: 6475 84-100,
BLZ: 100 100 10

Ergebnis der Zwischenwahl verdeutlicht die politische Krise

Wahlsieger sind die Nichtwähler

Gastartikel von Workers Power US — Liga für die 5. Internationale

Foto: wikipedia.de

12. September 2009, Washington D.C.: Auf ihrem Taxpayer-Marsch läuft die Tea-Party-Bewegung durch die Pennsylvania Avenue

Bei den Zwischenwahlen im US Repräsentantenhaus und Senat konnten die Republikaner, inklusive der „*Tea-Party*"-Bewegung die Mehrheit im Repräsentantenhaus erlangen und scheiterten nur knapp im Senat, so dass die Demokraten nach der Wahlniederlage in der Defensive sind. Ebenfalls verloren die Demokraten wichtige Gouverneursposten, so daß Präsident Obama bei einer nationalen Pressekonferenz die Niederlage seiner Partei einräumen musste.

... nur eine kleine Minderheit unterstützt die Privatisierung der Sozialsysteme und des Bildungswesen...

Für die Demokraten war diese Niederlage, nach den klaren Siegen 2006 und 2008 eine neue Erfahrung. Waren die letzten 4 Jahre davon geprägt, dass die Demokraten wieder eine strukturelle Mehrheit haben, so sind die Republikaner mit ihren rechtspopulistischen „*Tea-Party*"-Bewegung wieder mit an der Macht. Die Wahlergebnisse würden normalerweise auf einen Regierungsauftrag für die Republikaner schließen lassen. Ihre gesamten Medien bewerteten die Zwischenwahlen als Ablehnung der Obama- Administration und als eine Rückbesinnung auf „*amerikanische Werte*", aber wollten die WäherInnen der Republikaner tatsächlich das ausdrücken?

Wenn wir uns die Berichte anschauen ist anzunehmen, dass die WählerInnen mehr gegen die Demokraten gestimmt haben, als für die Republikaner. Eine Umfrage von der AFL-CIO (Gewerkschaftsverband) in den 100 „*Swing*" Bezirken (im Wahlverhalten wechselnde Bezirke) unter Stammwählern der Republikaner stellte fest, dass 63% die Jobmaßnahem der Obama Administration unterstützen. Gleichzeitig unterstützt fast die Hälfte die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, nur eine kleine Minderheit unterstützt die Privatisierung der Sozialsysteme und des Bildungswesen.

Diese Zwischenwahlen waren ein Referendum gegen das Versagen von Obama und den Demokraten, gegen ihr Versagen bei der Arbeitslosigkeit und ihre Schwäche gegenüber den Manövern der Republikaner. Dieses Versagen ist der Grund, warum die Wählerbasis die Obama zum Präsidenten machte, so stark geschrumpft ist. Die millionenfache Hoffnung der Jugend auf einen „*Wechsel*" in der US Politik ist an der Realität gescheitert, deswegen blieben sie von den Wahlurnen fern. 60% der registrierten WählerInnen gingen nicht zur Wahl, so das die Wählerschaft eher älter und konservativer war. Damit haben die Demokraten erstmals bei

Zwischenwahlen seit den 90ziger Jahren, mehr WählerInnen an die Nichtwähler verloren als die Republikaner. Andere regionale Parteien wie die *„Frieden & Freiheit“* Partei oder die Sozialistische Partei Ohios haben substantielle Stimmgewinne für ihre Kandidaten erzielen können.

Daher lässt sich auch kein klarer Wahlauftrag für die Republikaner feststellen, sie haben gewonnen da sie ihre Stammwähler stärker mobilisieren konnten. Selbst das *„Wall Street Journal“* stellte fest, dass die Wahl die *„Ablehnung der gesamten politischen Elite beider großen Parteien ausdrückt“*.

Die Auswirkungen der ökonomischen Krise werden nun zu einer Krise des politischen Systems, beide Parteien können keine Lösung anbieten. Stattdessen haben beide Parteien sich darauf konzentriert den Gegner anzugreifen, jeweils der anderen Partei das Versagen in der Wirtschaftspolitik vorzuwerfen und die globale Position der USA ruiniert zu haben.

Die Republikaner profitierten von der allgemeinen Frustration und jetzt ist die ehemalige Regierungspartei wieder in der Verantwortung, das Programm der Republikaner steht auf dem Test. Außer das sie die Rücknahme der Krankenversicherung *„Obamacare“* und die Kürzung weiterer öffentlicher Ausgaben fordern, haben sie kein anderes Programm für die Wirtschaft als die Demokraten. Das Mantra der Republikaner ist sehr einfach: *„Freiheit für die Märkte und Unternehmen“*. Allerdings sind Pläne zur Steuersenkung für Großkonzerne, welche auf Billionen von Dollar sitzen und der Abbau von Vorschriften und Regeln, eher dazu geeignet die Widersprüche in der Rezession zu verschärfen.

Dies hat zur Folge, das am Ende der ArbeiterInnenklasse, der Jugend, den Frauen und denjenigen die meisten bedürftig sind, der Lebensstandard gekürzt wird, um für einige wenige die Profitabilität wieder herzustellen. Steuersenkungen für die Reichen bedeutet weniger Geld für die zukünftigen Sozialprogramme; die Kürzung der Sozialausgaben wird diejenigen, welche schon heute ums überleben kämpfen müssen weiter an den Abgrund drängen; die Rücknahme der ungenügenden Krankenversicherung wird für Millionen das Ende ihrer Versicherung bedeuten, während gleichzeitig das Defizit erhöht wird.

Demokraten, Republikaner und die *„Tea Party“* tragen alle zusammen diesen brutalen sozialen Angriff. Alle wollen die Profitabilität fürs Kapital wiederherstellen, d.h. das während der ökonomischen Stagnation von *„unten“* nach *„oben“* verteilt wird. Wenn das durchgesetzt wird werden die Profite des Kapitals wieder steigen, aber nur weil es von der ArbeiterInnenklasse bezahlt wird und nicht, weil es einen wirklichen wirtschaftlichen Aufschwung gäbe.

Die Wahl der Republikaner zu einer Zeit der tiefen Unzufriedenheit, mit der ökonomischen und politischen Situation, reflektiert die wachsende Krise der US Politik. Wahlenthaltung ändert auf jeden Fall nichts daran, vor allem macht es nichts besser. Obama und die Demokraten haben ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, sie haben die Unterstützung durch die Jugend und die Gewerkschaften verraten und verkauft. Stets hat die Regierung ihre Initiativen an die Forderungen der Republikaner angeglichen und diesen damit überhaupt erst ihren aktuellen Erfolg ermöglicht. Währenddessen blieben die Forderungen und die Hoffnungen der Millionen *„Change“* WählerInnen unbeantwortet, das war keine Ausnahme in der Obama Politik, sondern von Beginn an vorhanden.

Die Wahl der Republikaner zu einer Zeit der tiefen Unzufriedenheit, mit der ökonomischen und politischen Situation, reflektiert die wachsende Krise der US Politik...

Was wir jetzt brauchen ist eine radikale Alternative. Millionen von WählerInnen haben ihre Ablehnung der Obama Politik gezeigt, jetzt müssen wir aber für einen wirklichen *„Change“* eintreten und dafür brauchen wir eine unabhängige Arbeiterpartei! So eine Partei würde dafür kämpfen das sich die verschiedenen Kämpfe vereinen; der Kampf der ArbeiterInnen gegen Entlassungen und Lohn- und Rentenkürzung, die Kämpfe an den Unis und Schulen gegen Gebührenerhöhungen und Bildungskürzungen – alle gemeinsam gegen die Sparangriffe mit einem gemeinsamen Programm und gemeinsamer Aktion.

Gemeinsam könnten wir unser Krisenprogramm, unsere Forderungen durchsetzen. Dazu gehört ein massives öffentliches Beschäftigungsprogramm für den Ausbau und Wiederherstellung öffentlicher Infrastruktur. Wichtigste Maßnahme wäre eine kostenlose Krankenversicherung für alle, bezahlt mit der Enteignung der Banken und massiven Steuern für die Superreichen und Großkonzerne.

Dafür müsste sich die ArbeiterInnenklasse mehrheitlich für ihre Forderungen organisieren, dies ist das entscheidende für die nächsten Kämpfe. In diesen Auseinandersetzungen kann die Klasse ihre eigenen Organe der Macht aufbauen, kann die Machtfrage in der Gesellschaft stellen und den Kapitalismus zerschlagen. Dann können wir eine Gesellschaft nach unseren Bedürfnissen aufbauen, eine Gesellschaft gestützt auf die revolutionären Räte der ArbeiterInnenklasse, ihrer Arbeitermiliz – die Diktatur des Proletariats. Jetzt sitzen die Republikaner wieder mit in der Regierung (übe ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus) und einem Präsidenten Obama, der sich in die nächsten Wahlen retten muss, sind Sparangriffe und Kürzungen im Sinne des Kapitals auf dem Weg. Eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnenklasse wird bald nicht nur eine Wunschvorstellung sein, sondern eine grundlegende Notwendigkeit im Kampf gegen Staat und Kapital.

REVOLUTION

international communist youthorganization

One Solution - Revo...wer?

Eine Vorstellung

Wer ist REVOLUTION?

Wir sind eine antikapitalistische internationale Jugendorganisation. Wir sind aktiv in verschiedenen europäischen und asiatischen Staaten. Auf unserer Webseite www.onesolutionrevolution.de findet ihr unser Programm, Stellungnahmen, Demoberichte und Artikel von uns. Wir bringen regelmäßig die Zeitung „REVOLUTION“ heraus.

Was macht REVOLUTION?

In Deutschland sind wir aktiv gegen Bildungs -und Sozialabbau, Krieg und Faschismus. In unseren Ortsgruppen machen wir regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen. Wir laden Euch gerne ein bei uns vorbei zuschauen oder mitzumachen – nehmt Kontakt auf über germany@onesolutionrevolution.de!

Was will REVOLUTION?

Hinter dem System von Ausbeutung, Hunger, Krieg und Unterdrückung steht der globale Kapitalismus, die Herrschaft Weniger über die große Mehrheit. Gemeinsam mit Euch wollen wir Kapital und Staat bekämpfen für eine gerechte, solidarische sozialistische Gesellschaft eintreten.

Informiert Euch, nehmt Kontakt auf!

One solution — REVOLUTION!!

Termine im Winter 2010 / 2011

Termine 2010

10. 12. 2010, Freiburg im Breisgau

Aktionen gegen den Deutsch-Französischen Gipfel in Freiburg

10.00 Uhr Anreise der Staatsgäste

11.00 Uhr Carneval de résistance

13.30 Uhr Antikapitalistische Krisendemo am Platz der alten Synagoge.

11. 12. 2010, Freiburg im Breisgau

Anti-AKW Demo „Atomausstieg ohne wenn und aber!"

13.00 Uhr Rathausplatz Freiburg

11. 12. 2010, Greifswald

Demo gegen Castor-Transport nach Lubmin (Nähe Greifswald)

13.00 Uhr Bahnhof Greifswald

13 - 16.12. 2010, Greifswald und Umgebung

Aktionen gegen den möglichen Castor-Transport nach Lubmin. Achtet auf Ankündigungen!

16. 12. 2010, Hamburg

Demo „Bildung und Kultur für alle! Geld ist genug da!", gegen das Hamburger Sparpaket.

12.00 Uhr Campus-Universität, Hamburg

16. 12. 2010, Kassel

Veranstaltung von Arbeitermacht und REVOLUTION Kassel: „Klassenkampf oder Green New Deal?"

Vorträge, Berichte, Videos, Diskussion zum Thema Atomkraft.

19.00 Uhr Kulturzentrum Schlachthof (Doppelraum)

Termine 2011

09. 01. 2011, Berlin

Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demonstration

10.00 Uhr Frankfurter Tor

17. 01. 2011, Freiburg im Breisgau

Landesweiter Bildungsstreik BaWü

Freiburg, keine genaueren Infos

04 - 05.02. 2011, München

NATO Sicherheitskonferenz (SiKo)

13 .02. 2011, Dresden

Gegenaktionen zum europaweiten Nazi-Aufmarsch in Dresden

Austauschen